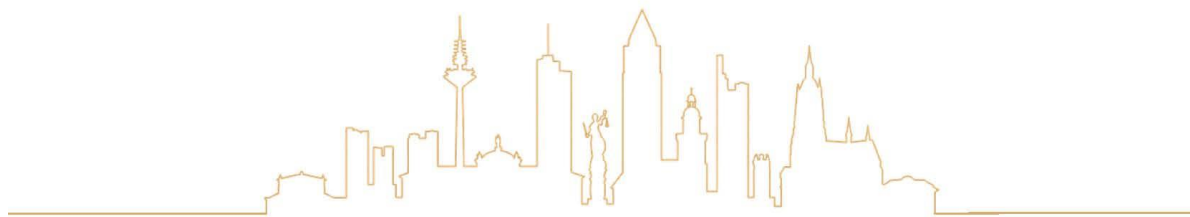




# Koalitionsvertrag für Frankfurt am Main 2026 – 2031



Vertrag über eine  
Kooperation mit **Volt**  
Frankfurt

## Inhalt

– Vorwort – .....	2
1. Sicherheit, Sauberkeit und öffentlicher Raum .....	4
2. Bildung, Betreuung und Schulbau .....	10
3. Verkehr, Mobilität und Logistik.....	14
4. Planung, Bauen, Wohnen und Städtebau .....	17
5. Soziales und Gesundheit .....	23
6. Wirtschaft und Digitalisierung.....	31
7. Klimaschutz und Umwelt.....	38
8. Bürger, Ehrenamt und Vereine .....	43
9. Kultur, Wissenschaft und Sport.....	45
10. Frauen, Gleichstellung, Diversität, Integration, Demokratie und Europa .....	52
11. Finanzen, Controlling und Personal .....	58
12. Politische Zusammenarbeit.....	61

## – Vorwort –

Frankfurt steht vor großen Herausforderungen. Mit diesem Koalitionsvertrag legen wir die Grundlage für eine verlässliche Zusammenarbeit in den Jahren 2026 bis 2031. Wir wollen Frankfurt entschlossen gestalten, die Probleme klar angehen und die Zukunft unserer Stadt gemeinsam voranbringen. Wir setzen dafür die richtigen Prioritäten:

**Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung sind Grundlagen für Lebensqualität.** Extremismus, Antisemitismus und Gewalt begegnen wir mit Nulltoleranz und stärken gleichzeitig die Prävention. Das Bahnhofsviertel und andere besonders belastete Orte brauchen sichtbare Verbesserungen, die Sicherheit, Aufenthaltsqualität und Hilfe für Betroffene zusammenbringen.

**Bildung ist der Schlüssel für Teilhabe und Zukunftschancen.** Wir wollen die Sanierungen und den Neubau von Bildungseinrichtungen beschleunigen, neue Schulplätze schaffen und moderne, inklusive Bildungseinrichtungen ermöglichen. Kinder, Jugendliche, Familien und Fachkräfte brauchen Strukturen, auf die sie sich verlassen können.

**Mobilität muss im Alltag funktionieren.** Frankfurt braucht eine Verkehrspolitik, die zuverlässig, sicher, barrierefrei und nachvollziehbar ist. Wir wollen die verschiedenen Verkehrsarten besser miteinander verbinden, den öffentlichen Nahverkehr stärken sowie den Fuß- und den Radverkehr sicher gestalten. Ein fließender Verkehr ist Grundlage von gesellschaftlicher Teilhabe und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

**Wohnen muss bezahlbar werden.** Frankfurt braucht mehr Wohnraum, schnellere Verfahren und bezahlbare Angebote für Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen. Wir wollen bestehende Potenziale nutzen, Quartiere weiterentwickeln und Stadtentwicklung so betreiben, dass Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Infrastruktur und Lebensqualität zusammen gedacht werden.

**Der soziale Zusammenhalt muss gestärkt werden.** Wir wollen eine Stadtgesellschaft, die niemanden zurücklässt. Dazu gehören neben starken sozialen Strukturen auch eine verlässliche Gesundheitsversorgung, gute Angebote für Familien, Kinder, Jugendliche und Seniorinnen und Senioren. Soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe sind zentrale Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben in Frankfurt.

**Frankfurt lebt von seiner wirtschaftlichen Stärke.** Frankfurt soll seine Rolle als international bedeutender Wirtschafts-, Finanz- und Innovationsstandort weiter ausbauen. Wir schaffen attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen, Fachkräfte, Wissenschaft und Forschung. Unser Ziel ist eine moderne, leistungsfähige und digitale Stadtverwaltung, die den Menschen und der Wirtschaft als verlässlicher Partner dient. Wirtschaftliche Stärke ist die Grundlage dafür, dass Frankfurt seine sozialen, kulturellen und ökologischen Aufgaben erfolgreich erfüllen kann.

**Klimaschutz und Umweltschutz gehören zu einer modernen Stadtpolitik.** Frankfurt muss grüner, hitzeresilienter und ressourcenschonender werden. Stadtgrün, saubere Energie, und nachhaltige Infrastruktur verbessern nicht nur die ökologische Bilanz, sondern auch die Lebensqualität in Frankfurt.

**Demokratie lebt vom Mitmachen.** Frankfurt lebt vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Vereine, Ehrenamtliche, kulturelle Einrichtungen, Wissenschaftsinstitutionen und Sportvereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Zusammenhalt unserer Stadt. Deshalb wollen wir

bessere Rahmenbedingungen schaffen, Beteiligung stärken und die vielfältigen kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Angebote unserer Stadt weiterentwickeln.

**Diversität gehört zur DNA unserer Stadt.** Frankfurt war schon immer vielfältig – die Beiträge und Potenziale jeder und jedes Einzelnen bereichern unsere Gemeinschaft. Gleichberechtigung der Geschlechter, der Kulturen, der Religionen, der Herkunft und der Weltanschauungen ist das Fundament unserer Stadtgesellschaft. Wir stellen uns gegen Ausgrenzung, Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit und jede Form von Menschenfeindlichkeit – und sorgen dafür, dass Ankommen, Sprache, Beteiligung und Mitgestaltung für alle möglich sind.

**Frauen brauchen Gleichstellung, Schutz und echte Chancen.** Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der Frauen in Beruf, Politik und Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben und Führungsverantwortung übernehmen. Den Schutz vor Gewalt nehmen wir ernst: Wir setzen die Istanbul-Konvention konsequent um, sichern ausreichend Frauenhausplätze und schaffen sichere Räume im öffentlichen Raum. Frankfurt soll eine Stadt sein, in der Frauen unabhängig von Herkunft und Lebenssituation selbstbestimmt und sicher leben können.

**Eine handlungsfähige Stadt braucht solide Finanzen.** Öffentliche Mittel müssen verantwortungsvoll eingesetzt, Prioritäten klar gesetzt und Entscheidungen transparent gemacht werden. Wir wollen sicherstellen, dass Frankfurt auch in Zukunft Handlungsspielräume hat.

Diese Koalition tritt an, um Frankfurt verlässlich zu regieren und konkrete Verbesserungen zu erreichen. Für ein sicheres, sauberes, soziales, wirtschaftlich starkes, klimafestes und lebenswertes Frankfurt.

## 1. Sicherheit, Sauberkeit und öffentlicher Raum

Frankfurt muss für alle Menschen sicher sein. Besonders gefährdete Gruppen brauchen dabei besonderen Schutz. Kriminalität und Extremismus verlangen nach klaren und entschlossenen Antworten. Bestehende Probleme und Herausforderungen im öffentlichen Raum, wie beispielsweise im Bahnhofsviertel, müssen aktiv angegangen werden. Gleichzeitig wollen wir für mögliche Krisen vorsorgen und uns für den Ernstfall wappnen. Weil das Sicherheitsgefühl bei Sauberkeit und Ordnung beginnt, bekommen diese Themen klare Priorität.

### Daher wollen wir

- die Stellen bei der Stadtpolizei für den aktiven Dienst in Uniform um 50 %, d.h. 75 Stellen, aufstocken.
- die Präsenz der Stadtpolizei als Anker der Sicherheit in unseren Stadtteilen weiter ausbauen, den Kontakt zu den Bürgern in den Quartieren stärken und Einsatzorte für bewährte Stadtpolizisten schaffen.
- die Zusammenarbeit von Stadt- und Verkehrspolizei nach dem Prinzip „Sicherheit aus einer Hand“ verbessern und auch eine Zusammenlegung prüfen.
- Bodycams für Einsatzkräfte zur Prävention und Deeskalation in beide Richtungen zum Standard machen.
- den Einsatz von Videoüberwachung im Austausch mit der Polizei lagebedingt und maßvoll örtlich ausbauen, um die Sicherheit zu verbessern.
- das Kampieren im öffentlichen Raum durch geeignete Maßnahmen wirksam reduzieren.
- entschieden gegen aggressives Betteln und ausbeuterische Bettelbanden vorgehen.
- dem gesunkenen subjektiven Sicherheitsgefühl insbesondere von Frauen durch Förderung von Angeboten, wie dem Heimwegtelefon und dem Frauen-Nacht-Taxi gerecht werden, um so Teilhabe zu ermöglichen.
- insbesondere betroffene Frauen und Kinder vor häuslicher und sexualisierter Gewalt besser schützen, beraten und unterstützen und Täter schneller zur Rechenschaft ziehen.
- Frauen durch die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention besser vor Gewalt schützen und ausreichend Frauenhausplätze zur Verfügung stellen.
- angstfreie Räume schaffen und insbesondere vulnerable Gruppen wie beispielsweise die queere Community vor Übergriffen schützen.
- insbesondere an den Wochenenden und in den Abend- und Nachtstunden die Sicherheit und Aufenthaltsqualität an beliebten Orten wie der Zeil durch Sicherheitsmaßnahmen, kulturelle und gastronomische Angebote, attraktive Aufenthaltsflächen und eine verbesserte Beleuchtung steigern.
- die objektive und subjektive Sicherheit im ÖPNV steigern und den Ordnungsdienst der VGF personell signifikant besser ausstatten.

- öffentliche Räume mit Sicherheitsinfrastruktur wie Notrufsäulen und Infopoints in einfacher Sprache ausstatten.
- dunkle und unübersichtliche Orte sowie Angsträume durch mehr Beleuchtung und städtebauliche Maßnahmen entschärfen. Der Einsatz moderner insektenfreundlicher Beleuchtung in Parks und Grünflächen wird im Einzelfall geprüft, um unnötige Lichtverschmutzung zu vermeiden.
- gemeinsam mit Stadtverwaltung, Polizei und Stadtgesellschaft in einem integrierten Dialogprozess einen Masterplan Sicherheit erstellen und umsetzen.
- durch gezielte Präventionsarbeit gegen Waffen und das Tragen dieser im öffentlichen Raum vorgehen und auf deren Gefahren hinweisen sowie ihren Besitz im Rahmen bestehender gesetzlicher Regelungen zurückdrängen.
- vor der Ausweisung von neuen Waffenverbotszonen die Ergebnisse der Evaluation abwarten und dann entscheiden.
- besonders stark frequentierte Orte und Plätze (beispielsweise Paulsplatz, Römer, Freßgass, Rathenauplatz-Goetheplatz-Roßmarkt, rund um das Stadion) durch sichere, dauerhafte und attraktive Zufahrtsschutzsysteme schützen.
- als Stadt die Sicherheitskosten für öffentliche, nicht kommerzielle Feste übernehmen.
- entschieden gegen Antisemitismus und jegliche Formen des Extremismus vorgehen.
- jüdisches Leben und jüdische Einrichtungen schützen und in Absprache mit der Gemeinde, Organisationen und den Sicherheitsbehörden alle dafür nötigen Maßnahmen ergreifen.
- bei zukünftigen rechtswidrigen Besetzungen städtischer Immobilien und Liegenschaften im Rahmen der Verhältnismäßigkeit der Mittel und stets primär durch Dialog Lösungen suchen, um den rechtswidrigen Zustand zu beenden und ihn ggf. unterbinden.
- den Präventionsrat stärken und das Kursangebot „Gewalt-Sehen-Helfen“ der Volkshochschule weiter ausbauen.
- durch verstärkte Kontrollen die Einhaltung des Jugendschutzes in Spielhallen, Wettbüros, Kiosken und gastronomischen Betrieben mit Spielautomaten sicherstellen.
- zusammen mit der Landespolizei, dem Zoll und anderen Akteuren verstärkt gegen Sozial- und Wirtschaftskriminalität vorgehen, um illegale Beschäftigung, Scheinselbständigkeit, Geldwäsche, Missbrauch staatlicher Leistungen und andere Delikte wirksam zu bekämpfen.
- Diskriminierung im Sicherheitsbereich entgegenzutreten und entsprechende Standards ausbauen.
- die Zusammenarbeit von Stadt- und Landespolizei, Verkehrsbetrieben, dem Präventionsrat und sozialen Akteuren fördern, damit besonders Brennpunkte sicherer werden.
- die Situation im Bahnhofsviertel verbessern, die Belastungen der Öffentlichkeit durch drogenkonsumbezogene Verhaltensweisen reduzieren und die objektive und subjektive Sicherheit im Bahnhofsviertel erhöhen.

- die organisierte Drogenkriminalität und die Dealerszene strukturell mit Landes- und Stadtpolizei repressiv bekämpfen, ohne Repression gegen Süchtige.
- im Bahnhofsviertel Aufenthaltsverbote für verurteilte Straftäter (Dealer) zielgerichtet aussprechen.
- die Planung für das neue Suchthilfezentrum in der Niddastraße überarbeiten und die Ausstiegsorientierung (kein Abstinenzzwang) stärker zur Geltung bringen (im Konzept, bei den Angeboten und im Namen), ohne das Projekt aufzuhalten.
- den Frankfurter Weg und seine vier Säulen (Prävention, Repression, Beratung/Therapie und Überlebenshilfe) fortführen und fortlaufend an neue Entwicklungen anpassen, um insbesondere die Situation im Bahnhofsviertel für alle zu verbessern.
- die durch Drogenkonsum bedingten Gesundheitsgefahren senken und die Behandlungsbereitschaft der Drogenkonsumenten weiter stärken, um den Einstieg in den Ausstieg aus der Szene und Sucht einzuleiten.
- geltende Vorschriften, wie die Verordnung für den Betrieb von Drogenkonsumräumen, weiter konsequent anwenden.
- die Arbeit des Koordinierungsbüros Bahnhofsviertel verstetigen und dauerhaft sichern.
- im Austausch mit anderen Städten die Anwendbarkeit von erfolgreichen Konzepten (z.B. Züricher Modell) vollumfänglich prüfen, um den Problemen im Zusammenhang mit dem Drogenkonsum fortwährend erfolgreich zu begegnen.
- den Bedarfs- und Entwicklungsplan der Feuerwehr umsetzen und die Berufsfeuerwehren- und die Freiwilligen Feuerwehren modern und hochwertig ausstatten und unterbringen sowie personell leistungsfähig aufstellen.
- die Attraktivität des Berufsbildes Feuerwehr durch gezielte Maßnahmen weiter stärken.
- die Feuerwehr und Hilfs- und Rettungsorganisationen bei der Nachwuchsgewinnung, insbesondere durch die Mini- und Jugendfeuerwehr, und Ehrenamtsförderung unterstützen.
- durch geeignete Maßnahmen gezielt Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund für die Feuerwehr und Hilfs- und Rettungsorganisationen gewinnen.
- durch die Fortschreibung des Programms zum Neu- und Umbau der Wachen die Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr modernisieren.
- beim Bau neuer Quartiere und Stadtteile, Standorte für die Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienste von Anfang an mitdenken und beim Bau neuer Wachen auch Mitarbeiterwohnungen einplanen.
- den Neubau der 14. Feuerwache weiter vorantreiben.
- die Einsatzfähigkeit der Hilfs- und Rettungsorganisationen durch gute Ausstattung und moderne Gebäude (beispielsweise DLRG-Rettungsstation) sichern.
- auch zukünftig herausragende ehrenamtliche Projekte im Katastrophenschutz durch die „Frankfurter Flamme“ würdigen.

- den Zivil- und Katastrophenschutz ausbauen, u.a. durch Schutzräume, Sirenen und Cybersecurity.
- einen Bedarfs- und Entwicklungsplan für den kommunalen Bevölkerungsschutz erstellen, in diesem ein Schutzraumkonzept implementieren und dabei den Bevölkerungsschutz ganzheitlich und inklusiv denken.
- in der Feuerwehrstraße die Errichtung eines modernen Bevölkerungsschutz-Campus vorantreiben.
- uns auf hybride Bedrohungen und Kriegsführung vorbereiten und unsere kritische Infrastruktur in Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen stärken.
- Erfahrungen europäischer Partner zuvorderst die der Ukraine, insbesondere durch den Austausch mit unserer Partnerstadt Lemberg/Lwiw, nutzen.
- die Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) strukturell stärken und ihre Arbeit sichtbarer machen.
- zusammen mit dem RMV erreichen, dass Mitglieder der AGFH in Uniform kostenlos den ÖPNV nutzen können.
- in Anlehnung an den Ratgeber des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe einen für Frankfurt angepassten Ratgeber herausbringen, welcher wichtige Informationen zur Krisenvorsorge barrierearm und mehrsprachig bereitstellt.
- die Krisenreaktionsfähigkeit durch regelmäßige Aus- und Fortbildung sowie großangelegte Übungen weiterentwickeln.
- die Bevölkerung und städtische Mitarbeiter für Krisensituationen weiter sensibilisieren und im Krisenmanagement stärker qualifizieren, dabei werden öffentliche Einrichtungen und Institutionen einbezogen.
- das Security Operation Center als zentrale Überwachungs- und Reaktionsinstanz ausbauen, um Handlungsfähigkeit auch im Cyber-Krisenfall zu gewährleisten.
- die Handlungsfähigkeit der Stadt bei IT-Ausfällen durch umfassende Cybersecurity Maßnahmen und Schulungen sicherstellen, sowie BSI-Standards erfüllen.
- Einsatz- und Rettungskräfte durch gezielte Maßnahmen besser vor Gewalt im Einsatz schützen und für die notwendige gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit sorgen.
- insbesondere an Silvester Einsatz- und Rettungskräfte besser vor Übergriffen schützen und an Orten, an denen es in der Vergangenheit vermehrt zu polizeilichen Einsätzen kam, sowie in anderen neuralgischen innerstädtischen Bereichen das Abbrennen von Feuerwerk einschränken. Gleichzeitig wollen wir Licht- und Drohnenshows fördern – für mehr Sicherheit, weniger Müll und Feinstaub sowie mehr Rücksicht auf Menschen, Umwelt und Tiere.
- einen verlässlichen und stabilen Rettungsdienst für die Bevölkerung sicherstellen.
- aufgrund der immer weiter ansteigenden Einsatzzahlen durch Aufklärung in der Bevölkerung, intelligente Leitstellen-Systeme und bessere Verfahren unnötige Rettungsfahrten zukünftig vermeiden.

- eine Ersthelfer-App konsequent einführen.
- die Stadtpolizei für mehr Sauberkeit auch als schnelle Eingreiftruppe einsetzen, die neben der Beseitigung von Müll auch die Verfolgung von Müllsündern effektiv betreibt.
- auf dem Weg zur Zertifizierung Zero-Waste-City mittels Modellprojekten und Aufklärungsmaßnahmen der Lebensmittelverschwendung entgegenzutreten, die Wiederverwertung stärken, Maßnahmen zur Förderung von Mehrwegsystemen ergreifen, Abfall reduzieren sowie die getrennte Sammlung und das Recycling fördern - bei all dem hat die Stadt Frankfurt eine Vorbildfunktion.
- einen jährlichen Frühjahrsputz in den Zentren der Stadt und der Stadtteile, insbesondere für Einkaufsstraßen organisieren.
- mehr Mittel und Personal für die Sauberkeit unserer Stadt bereitstellen.
- die Müllvermeidung durch Prävention vorantreiben.
- mit der Frankfurter Gastronomie an der Reduzierung von Verpackungsmüll arbeiten und erfolgreich Mehrweg-Systeme etablieren, um eine Verpackungssteuer überflüssig zu machen.
- durch den gezielten Einsatz von Mülldetektiven die Verursacher illegaler Abfallablagerungen überführen und Bußgelder für Müllsünder bedarfsgerecht anpassen.
- die Erfahrungen anderer Gemeinden auswerten und auf dieser Basis über den Einsatz von zeitlich befristeter Videotechnik entscheiden, um Müllsünder zu überführen.
- flexiblere Einsatz- und Reinigungszeiten, vornehmlich in den Morgen- und Abendstunden, für die FES ermöglichen.
- moderne Technik wie smarte Mülleimer zielgerichtet und bedarfsorientiert einsetzen.
- den Ausbau von kostenfreien öffentlichen Toiletten vorantreiben und an geeigneten Orten diese durch Personal bewirtschaften lassen. In diesem Zusammenhang das Toilettenkonzept umsetzen und das Angebot bedarfsgerecht weiterentwickeln.
- zusätzliche legale Flächen für Graffiti und Street Art ausweisen und illegale Graffiti an öffentlichen Gebäuden schnell entfernen.
- Tierheime, welche mit der Stadt einen Fundtier- bzw. Unterbringungsvertrag haben, auskömmlich finanzieren.
- die erfolgreiche Vergrämung von Nilgänsen tiergerecht angehen, ohne Tötung.
- für Hunde, welche aus Einrichtungen übernommen wurden, welche mit der Stadt einen Fundtiervertrag oder einen anderweitigen Vertrag in Bezug auf die Verwahrung von Hunden haben, die Befreiung von der Hundesteuer auf fünf Jahre ausweiten.
- die Taubenpopulation in Anlehnung an das Augsburger Modell aktiv regulieren und reduzieren, an geeigneten und nicht konfliktträchtigen Orten ausreichend Taubenhäuser einrichten und konsequent gegen das illegale Füttern von Tauben vorgehen.

- den Tierschutz stärken, artgerechte Tierhaltung und einen tierleidfreien Umgang mit (Wild-) Tieren im urbanen Raum sicherstellen und entschieden gegen Vernachlässigung und Missbrauch von Tieren bei Veranstaltungen privater und gewerblicher Art (z.B. Zirkus) vorgehen. Für die entsprechende Entwicklung, Umsetzung und die Kommunikation mit Tierschutzvereinen schaffen wir eine Stelle im Veterinäramt.
- einen städtischen Tierschutzpreis einführen.
- das Auflassen von so genannten Hochzeitstauben verbieten.
- die Umsetzung der Katzenschutzverordnung konsequent vorantreiben.

## 2. Bildung, Betreuung und Schulbau

Bildungspolitik ist Zukunftspolitik. Wir bekennen uns zu einer soliden Finanzierung und dem Ausbau der Frankfurter Bildungs- und Betreuungslandschaft. Wir verstehen Schulen und Kitas als demokratische Bildungs- und Begegnungsorte, die Bildungs- und Chancengerechtigkeit schaffen sowie für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe sorgen. Gute Bildung benötigt stadtweit zukunftsfähige Rahmenbedingungen. Die Sicherstellung zeitgemäßer, inklusiver, diverser, digitaler und weltoffener Bildungseinrichtungen ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit und eine Voraussetzung für die positive Entwicklung unserer Stadt.

### Daher wollen wir

- mindestens 10 Schulsanierungen pro Jahr angehen und insgesamt schneller neu bauen.
- einen dauerhaften Schul-Auslagerungsort pro Bildungsregion schaffen.
- die Campi für berufliche Bildung priorisieren (Berufsschulcampus West und Rödelheim).
- die gebührenfreie frühkindliche Bildung beibehalten (analog HH-Beschluss 2026).
- die Schulbauoffensive fortsetzen und solide finanzieren sowie die Bildungsbaugesellschaft und die Kooperation mit der ABG zu Schulsanierungen fortsetzen.
- Sanierungen von Schulen und die Neuschaffung von Schulplätzen spürbar beschleunigen, durch klare und öffentliche Zeitpläne Transparenz schaffen und ein Kosten- und Zeitplan-Monitoring über die Website einführen.
- Kompetenzen im Schulbau bündeln und kleinere Aufträge schneller vergeben.
- feste Ansprechpartner für jede Schule sowohl am ABI als auch am Schulamt etablieren und kommunizieren, die sich zeitnah zurückmelden.
- bislang ungenutzte Liegenschaften, die schon angekauft oder angemietet wurden, schneller für die schulische Nutzung bereitstellen.
- ämterübergreifend kooperieren und prüfen, wie wir Leerstand von Schulhausmeisterwohnungen vermeiden und die Räume einer sinnvollen Nutzung zuführen.
- den Bau der Europäischen Schule am Campus Ginnheim priorisieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Planung für die Umsetzung schnell beginnt und es eine gute und effiziente ÖPNV-Anbindung gibt.
- bei Nichtumsetzung des Standorts Ginnheim für die Europäische Schule auf geeignete Alternativen zurückgreifen.
- den lückenlosen Betrieb der Europäischen Schule und der EuroKids am aktuellen Standort in Praunheim bis zum Neubezug sicherstellen.
- ein Angebot der verschiedenen Schulformen gleichmäßig verteilt über die Stadt sicherstellen, um allen Kindern gleiche Chancen zu ermöglichen.

- die Wahlfreiheit bei Bildung stärken, indem wir sowohl alle Schulen räumlich so ausstatten, dass Lernende mit Förderbedarf dort inklusiv unterrichtet werden können als auch bedarfsgerecht Förderschulen (GE) ausbauen.
- die personellen Voraussetzungen für den Ganzttag schaffen, indem wir die pädagogische Betreuung in Kooperation mit Horten, Vereinen und Infrastruktur vor Ort gestalten.
- das Ganztagsangebot flächendeckend qualitativ mit Unterstützung der Ganztags-Koordinatoren ausbauen.
- die Wahlfreiheit sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible/modularisierte Ganztagsangebote sicherstellen.
- die Jugendhilfe bedarfsgerecht an allen Schulen etablieren.
- Angebote von Jugendverbänden und der OKJA in Ganztagschulen fördern.
- die psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern stärker in den Fokus rücken, z.B. durch unterstützende Angebote durch die Jugendhilfe und das Gesundheitsamt für SVen oder durch Mental Health Days.
- bereits bestehende Angebote zur psychischen Gesundheit bewerben und den Stadtschüler/innenrat dabei unterstützen, eigene Angebote weiterhin durchzuführen.
- das Schulesen qualitativ verbessern durch regelmäßige Überprüfung der etablierten Standards in Zusammenarbeit mit den Schulgemeinden und Feedback-Systeme fördern.
- den „Runden Tisch Schülernahrung“ wieder einführen und die Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat stärken.
- mehr Schulküchen und Mensa-Plätze sowie in Zusammenarbeit mit den SVen vor Ort Aufenthalts-/Essensräume und Angebote für ältere Schülerinnen und Schüler schaffen.
- prüfen, ob das Mittagessen für Kinder mit Frankfurt-Pass kostenlos gestellt werden kann oder bestehende Bildung und Teilhabepaket-Regeln für die Essensübernahme vereinfacht werden können.
- die Chancen von Rekommunalisierung der Schulverpflegung prüfen.
- Grundschulen als Bildungszentren im Stadtteil etablieren und diese für Vereine und Initiativen öffnen sowie Ganztagskoordination und Quartiersmanagement verzahnen.
- Schulräume und Schulhöfe durch neue und flexiblere Schließsysteme ganztägig nutzbar machen.
- Schlüsselpatenschaften für die Öffnung der Schulhöfe am Nachmittag, Wochenende und in den Ferien bewerben, damit in jedem Stadtteil mindestens ein Schulhof geöffnet ist.
- neue Schulturnhallen möglichst als Mehrfeldhallen und in Absprache mit den Schulgemeinden planen, um diese auch den Vereinssport zur Verfügung zu stellen.
- ein Hitzemonitoring an Schulen durchführen, um kurz- und mittelfristige Hitzeschutzmaßnahmen zielgerichtet danach zu priorisieren.

- einen städtischen Hitzeschutzplan für Schulen erarbeiten und Schulen bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen unterstützen sowie ein Budget für Schulen zum kurzfristigen Hitzeschutz einrichten.
- die Begrünung und Beschattung von Pausenhöfen vorantreiben sowie darüber hinaus in Fassaden- und Dachbegrünung investieren.
- in enger Kooperation mit den Schulen integrierte Klimaschutzkonzepte erstellen, die auf Programmen wie „Energie und Klimaschutz an Frankfurter Schulen“ sowie dem Modell der „Klimaschulen“ basieren.
- entsprechend der Klimaziele der Stadt Frankfurt alle Schulen klimaneutral umbauen.
- in allen Schulen Trinkwasserbrunnen installieren.
- die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken und mit bewährten Partnern wie z.B. Umweltlernen vorantreiben.
- Schulgärten, Urban Gardening an Schulen und „Grüne Klassenzimmer“ als lebendige Räume für nachhaltige Bildung fördern.
- weitere Projekte nach dem Konzept der „Kinder- und Jugendfarm“ (pädagogisch betreute Aktivspielplätze) auf den Weg bringen.
- Kinder- und Jugendhäuser, Erziehungsberatungsstellen bzw. Kinder- und Familienzentren anhand der Lebenslagenkarten ausbauen.
- die Kitasozialarbeit nach dem Vorbild in Rheinland-Pfalz in ausgewählten Stadtteilen erproben.
- den bedarfsgerechten Ausbau von Kita-Plätzen vorantreiben und verlässliche KiTa-Öffnungszeiten sicherstellen, z.B. durch zusätzliche Personalmittel bzw. einen Springerpool.
- an den bewährten Kita-Öffnungszeiten von 7:30 – 17:00 Uhr festhalten.
- den Bau von Betriebs-Kitas fördern.
- die Möglichkeit des Betreuungsplatz-Sharing bekannter machen, damit sich mehrere Familien einen Kita-Platz teilen und ihn an verschiedenen Wochentagen nutzen können.
- die Bezeichnung der Stadtelternvertretung in „Stadtelternvertretung Kindertagesstätten“ erweitern.
- auch im Kitabereich nur Träger und Kooperationspartner zulassen, die eindeutig auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.
- prüfen, wie Eltern eine bessere und transparentere Rückmeldung über den Stand der Vergabe von Kita-Plätzen über die Anmeldeplattform „kindernetfrankfurt.de“ erhalten können.
- benachteiligte Familien beim Zugang zur Plattform „kindernetfrankfurt.de“ unterstützen.
- Lese- und Sprachförderung in Bildungseinrichtungen ab dem Krippeneintritt gezielt unterstützen und eine umfassende frühkindliche Sprachförderung sicherstellen.

- Arbeitsbedingungen für Fachkräfte verbessern: mit Zugang zu städtischen Wohnungen, geförderten Betriebswohnungen, Azubi-Wohnheimen, der beschlossenen Arbeitsmarktzulage sowie Programmen für Seiteneinsteiger.
- mehr Kapazitäten für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern schaffen, ggf. durch einen Ankauf der Liegenschaft in der Stephensonstraße, wofür das Kosten-Nutzen-Verhältnis und mögliche Alternativen zu prüfen sind.
- das Modell Schülerhaushalt einführen, bei dem sich Schulen für ein begrenztes Budget bewerben können, über dessen Verwendung die Schüler demokratisch entscheiden.
- außerschulische, digitale Lernräume, wie z.B. das TUMO-Lernzentrum, konsequent ausbauen und ein besseres Medienbildungsangebot auch für Erwachsene sicherstellen.
- das IT-Support-Konzept umsetzen, zusätzlich zur Hotline die digitale Tafelwartung, die IT-Schulmanager und den Ausbau des Medienzentrums realisieren.
- durch das Medienzentrum Medienbildung an Schulen stärken und den Einsatz von Medienlotsen ermöglichen.
- eine gute Ausstattung von allen Schulen mit inklusiven technischen Geräten sicherstellen: Bei Neuanschaffungen berücksichtigen wir Kinder mit Förderbedarf und Beeinträchtigungen besonders.
- Breitenbildung durch Sicherstellung von Angeboten der Musikschule und des Bücherbusses in allen Stadtteilen.
- den Schwimmunterricht den curricularen Vorgaben entsprechend durch ausreichende Schwimmzeiten ermöglichen und die Schulschwimmbäder sukzessive an die Bäder Betriebe Frankfurt übergeben.
- sicherstellen, dass alle Schulen mit hygienischen, funktionstüchtigen und altersgerechten Sanitäreinrichtungen ausgestattet sind.
- dafür sorgen, dass in allen Schulen kostenfreie Menstruationsartikel bereitgestellt werden.

### 3. Verkehr, Mobilität und Logistik

Frankfurt braucht eine Verkehrspolitik, die für alle Menschen im Alltag funktioniert – sicher, verlässlich, nachvollziehbar und barrierefrei. Ziel ist es, die verschiedenen Verkehrsarten so aufeinander abzustimmen, dass Mobilität insgesamt leistungsfähig bleibt, Verkehrsfluss und Erreichbarkeit gesichert werden, platzsparende Verkehrsarten gezielt gefördert werden und gleichzeitig die Lebensqualität in den Stadtteilen verbessert wird.

#### Daher wollen wir

- ein Gesamtverkehrskonzept erstellen, das den Masterplan Mobilität weiterentwickelt.
- insgesamt eine bessere Balance zwischen den verschiedenen Verkehrsarten im Alltag erreichen.
- „Vision 0“ und „15-Minuten-Stadt“ verfolgen.
- Maßnahmen im Verkehr optimieren, regelmäßig evaluieren und bei Bedarf anpassen.
- das Baustellenmanagement ausbauen und die Kommunikation verbessern.
- überflüssige Schilder entfernen und Baustelleneinrichtungen schneller wegräumen.
- digitale Steuerungsinstrumente (z. B. intelligente Ampelschaltungen, Parkleitsysteme) systematisch einsetzen.
- smarte Ampeln, Parkplatzsensoren und E-Tickets in der Stadt als Standard etablieren.
- das digitale Parkleitsystem umsetzen, das Autos zielsicher und effizient zu den Parkhäusern leitet und Echtzeitdaten für Online-Kartendienste bereitstellt.
- die Schnittstellen zwischen Verkehr und Stadtentwicklung verbessern, um die Aufenthaltsqualität zu stärken.
- die Teilstrategie Logistik im Masterplan Mobilität konsequent umsetzen.
- bestehende regelmäßige Staus im Verkehr als zu lösende Aufgabe ansehen.
- auf den Hauptverkehrsstraßen den Verkehr fließen lassen, damit in Nebenstraßen der Verkehr beruhigt und sicherer werden kann.
- die Leistungsfähigkeit zentraler Verkehrsachsen gezielt sichern und verbessern.
- den Verkehrsfluss an bekannten Engstellen durch Anpassung von Verkehrsführung und Steuerung erhöhen.
- vor sensiblen Einrichtungen Tempo 30 einführen.
- auf Staustraßen die roten Radwege überprüfen (Messphase für alle Verkehrsströme) und entsprechend nachsteuern, was im Einzelfall auch die Zurücknahme eines Fahrradwegs bei einer sicheren Alternative sein kann.
- innovative Ansätze zur Entlastung der Parkplatzsituation in den Quartieren prüfen.

- Park-and-Ride-Anlagen bzw. Mobilitätsstationen am Stadtrand bauen.
- auf dem Waldparkplatz am Stadion ein Parkhaus bauen und die Isenburger Schneise aufforsten.
- regelwidrige Zustände im Straßenverkehr reduzieren (inkl. Einsatz der Stadtpolizei).
- die konsequente Kontrolle der Einhaltung der Parkregeln durch die städtische Verkehrspolizei unter Zuhilfenahme digitaler Sensorik und ScanCars.
- die Verkehrssituation vor Schulen durch weitere Schulstraßen und die Stärkung von Initiativen, wie beispielsweise BiciBus, verbessern.
- den ÖPNV durch weiteren Ausbau der Verbindungen und Pünktlichkeit und Verlässlichkeit sowie eine höhere Aufenthaltsqualität stärken.
- Tarifgrenzen reformieren und günstigere Fahrpreise erreichen.
- die Ungerechtigkeit beim Zugang für Kinder und Jugendliche zum ÖPNV abbauen und das Ziel eines kostenfreien ÖPNV-Tickets für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren verfolgen.
- die Sauberkeit von U- bzw. S-Bahn-Stationen sowie Bahnhöfen erhöhen und Schäden sowie nicht funktionierende Aufzüge und Rolltreppen schnell reparieren.
- autonomes Fahren im ÖPNV unterstützen.
- die Umweltprämie „Deutschlandticket für abgegebenes Auto“ weiterführen.
- die Aufgabenverteilung und Organisationsstrukturen der städtischen Beteiligungen im Verkehrsbereich auf den Prüfstand stellen, Synergien besser nutzen, Zuständigkeiten bündeln und Entscheidungswege beschleunigen.
- das Straßenbahnnetz erweitern, indem Ring- und Gutleutstraßenbahn gebaut und die vorhandenen Strecken in die Nachbarstädte verlängert werden.
- die Straßenbahnhaltestelle vor dem Hauptbahnhof viergleisig ausbauen.
- das U-Bahn-Netz erweitern, was insbesondere die Verlängerung der U4 nach Ginnheim über den Campus Westend und nach Bergen, die Verlängerung der U5 zum Römerhof und zum Frankfurter Berg, die Verlängerung der U7 in den neuen Stadtteil der Quartiere sowie die Verlängerung der A-Strecke zur Sachsenhäuser Warte mit dem Bau eines P+R-Parkhauses umfasst.
- die Regionaltangente West umsetzen und den S-Bahn Ring um Frankfurt, unter Berücksichtigung der Belange von Anwohnern und Natur schließen.
- die Planung und den Bau des Fernbahntunnels in Frankfurt unterstützen.
- die Schienenanbindung des Waldstadions spürbar verbessern.
- den Fahrradverkehr attraktiv und sicher gestalten und auf Basis bestehender Beschlüsse (wie „Fahrradstadt Frankfurt am Main“) weiterentwickeln, da es perspektivisch um die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) geht.
- den Ausbau von Radschnellwegen weiter vorantreiben.

- Lücken von Fahrradverbindungen schließen.
- die Fahrradbindung zum Waldstadion neu konzipieren.
- gut zugängliche Fahrradparkhäuser an zentralen Orten und ÖPNV-Stationen errichten, insbesondere am Hauptbahnhof.
- geschützte Kreuzungen oder Kreisverkehre als Standard für die Neugestaltung von Kreuzungen anwenden.
- den Fußverkehr als eigene Verkehrsart stärken und sicherer machen.
- das Fußverkehrskonzept fertig stellen.
- Barrierefreiheit insbesondere im Fußverkehr und beim ÖPNV weiter umsetzen.
- Fußverkehrsachsen datenbasiert optimieren und digital und analog ausweisen.
- das Radverkehrsbüro zu einem Büro für Rad- und Fußverkehr erweitern.
- den Mainkai neu denken und nicht weiter als „Schließungsprojekt“ verfolgen, sondern die Aufenthaltsqualität und Wegebeziehungen am Mainufer verbessern.
- die Kaiserstraße vom Kaisertor bis zum Roßmarkt als Flaniermeile für den Fußverkehr aufwerten und weiterentwickeln.
- die bereits begonnen Planungen zu Superblocks fortführen und umsetzen.
- auch bei Infrastrukturprojekten die Möglichkeiten zur Entsiegelung, Begrünung sowie Aspekte der Schwammstadt und des Starkregenschutzes mitzudenken.
- mit geeigneten Maßnahmen zur Reduzierung des Verkehrslärms beitragen.
- die Zahl der Ladestationen im Stadtgebiet weiter erhöhen.
- CarSharing, weitere Sharing-Angebote und Mobilitätsstationen etablieren und in allen Stadtteilen ausbauen.
- die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur vorantreiben.
- bei der Sanierung ein besonderes Augenmerk auf die Brücken legen.

## 4. Planung, Bauen, Wohnen und Städtebau

Frankfurt ist eine wachsende, wirtschaftlich starke und vielfältige Stadt. Gleichzeitig wird bezahlbares Wohnen für viele Menschen zunehmend zur sozialen Herausforderung und auch für Unternehmen zu einem Problem bei der Gewinnung von Fachkräften. Das gebietet, für einen Schub beim privaten und öffentlichen Wohnungsbau zu sorgen, mit den Flächen bodenschonend umzugehen, Mindernutzungen zu identifizieren und zu beseitigen sowie die Konversion bereits versiegelter Flächen vorrangig anzugehen, ohne wichtige Standards wie Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit preiszugeben.

### Daher wollen wir

- gemeinsam deutlich mehr Wohnungen bauen und damit auch zu deutlich mehr bezahlbarem Wohnraum kommen.
- allgemein den Wohnungsbau beschleunigen und das vorhandene Potenzial für mehr Wohnungen nutzen, etwa durch Aufstockungen und Dachausbauten.
- hierzu Initiativen von Bund und Land zur Beschleunigung, Entbürokratisierung und Kostensenkung zügig übernehmen, soweit sie den Frankfurter Zielen im Wohnungsbau dienen (wie den Bau-Turbo).
- Bebauungsplan- und Genehmigungsverfahren verbindlich straffen und dazu sowohl eine dezernatsübergreifende Koordinierungsgruppe einführen als auch die Ressourcen externer Büros nutzen.
- die Digitalisierung konsequent ausbauen, um schnellere Prozesse zu ermöglichen.
- die Freiraumsatzung evaluieren und überarbeiten, um Planungs- und Genehmigungsprozesse unter Berücksichtigung der Klimaziele zu vereinfachen und zu entbürokratisieren.
- die bestehenden sozialen Erhaltungsgebiete evaluieren und entlang fachlich fundierter Erkenntnisse anpassen. Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt müssen gemeinsam gedacht werden, die Evaluation soll auch die Zahl der bisherigen energetischen Modernisierungen einbeziehen.
- die Stellplatzsatzung anpassen, um Flächenbedarf und somit Baukosten zu senken.
- regulierende Satzungen grundsätzlich befristet und mit Evaluierungspflicht beschließen, um Bürokratie zu begrenzen und Wirksamkeit zu überprüfen.
- den Baulandbeschluss von 2020 durch eine Regelung ersetzen, die bei der Erschließung von neuem Bauland weiterhin 30 % geförderten Wohnungsbau (je 15 % erster und zweiter Förderweg) und darüber hinaus 20 % für innovative und gemeinwohlorientierte Wohnformen vorsieht. Dieser 20 -Prozent-Anteil der Fläche soll durch die Stadt oder eine städtische Gesellschaft erworben und in der Regel über Konzeptverfahren für genossenschaftliches, gemeinschaftliches, Studierenden-, Auszubildenden-, Mehrgenerationen- und/oder integratives Wohnen bereitgestellt werden. Die Beteiligung der Planungsbegünstigten an den Kosten der Folgeinfrastruktur bleibt erhalten.

- den Bau von Mitarbeiterwohnungen wiederbeleben und fördern, gerade auch bei Gesellschaften mit städtischer Beteiligung (z.B. als Werkwohnungs-genossenschaften).
- mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende schaffen, dazu sollen auch städtische oder stiftungsbasierte Förderungen eingesetzt werden.
- nach Münchner Vorbild ein Azubi-Werk Frankfurt am Main gründen.
- in neuen Baugebieten auch Flächen für bezahlbare Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäuser ausweisen, um für Familien größere Wohnungen zu ermöglichen.
- den Bestand von Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäusern in diesem Sinn weiterentwickeln.
- Wohn- und Genossenschaftseigentum für Familien und Menschen mit mittlerem Einkommen fördern, denn Wohneigentum schützt vor Mieterhöhungen und dient der Altersvorsorge.
- die Gründung neuer Wohnungsbaugenossenschaften unterstützen.
- ein neues Förderprogramm für Genossenschaften sowie die Umwandlung von Büroflächen zu bezahlbarem Wohnraum etablieren.
- für bezahlbare barrierefreie Wohnungen nach dem Universal Design sorgen, namentlich für Senioren sowie Menschen mit Behinderungen. Barrierefreiheit und Inklusion gehören zu einer gerechten Stadtentwicklung und von Anfang an in die Stadtplanung.
- bei Sanierungen mehr Barrierefreiheit anstreben.
- Wohnformen für Menschen mit speziellen Bedarfen unterstützen, z.B. Pflege-Wohngemeinschaften oder Wohnen für Menschen mit chronischen Erkrankungen.
- gemeinschaftliches Wohnen stärken und fördern, egal ob generationsübergreifend, für Familien, Menschen mit Behinderung oder queere Projekte.
- Wohnprojekten, die den städtischen Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlkriterien entsprechen, kommunale Grundstücke zu einem Erbbauzins von 1 % des Bodenwerts anbieten.
- ein städtisches Wohngeld als Ergänzung zum bestehenden sozialen Wohnungsbau einführen, das die 10 % der Bevölkerung oberhalb des Bezieherkreises von staatlichem Wohngeld unterstützt und zudem Auszubildende sowie Studierende erfasst.
- die Anzahl der geförderten Wohnungen durch die Bereitstellung ausreichender Mittel weiter erhöhen.
- ein Sofortprogramm für neue Belegrechte auflegen und die Kooperation mit den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften weiterentwickeln.
- bestehende Quartiere mit Sozialbindung und niedrigschwelliger sozialer Betreuung erhalten und ausbauen, indem die Finanzierung der Betreuung gesichert und die Sozialbindung rechtzeitig verlängert wird.
- die gute und erfolgreiche Arbeit der ABG Frankfurt Holding fortsetzen und absichern, das schließt die Fortschreibung der bisherigen Mietpreisbremse für freifinanzierte Wohnungen (maximal fünf Prozent in fünf Jahren) ein.

- auch bei der Nassauischen Heimstätte erreichen, dass die Mieten höchstens um fünf Prozent in fünf Jahren steigen.
- auf geeigneten Dächern der ABG-Gebäude Photovoltaik-Anlagen installieren, deren Stromproduktion den jeweiligen Mietern zu Gute kommt.
- die Wohnungsbewerbungen bei der ABG und der NH weitestgehend anonymisiert organisieren und die erhobenen Daten auf das erforderliche Maß der jeweiligen Bewerbungsphase beschränken.
- vulnerable Gruppen bei der Vergabe von Sozialwohnungen bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften stärker berücksichtigen.
- nicht rentable Grundstücke von städtischen Wohnungsbaugesellschaften an gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte abgeben oder verkaufen.
- ein Förderprogramm auflegen, das Umzüge in kleinere Wohnungen erleichtert und dabei den bisherigen Quadratmeterpreis sichert, um den vorhandenen Wohnraum den passenden Haushalten besser zuzuordnen.
- die per Vorkaufsrecht durch die Stadt erworbenen Immobilien zügig wieder in private Hände geben.
- mit einem kommunalen Monitoring den Frankfurter Immobilienmarkt systematisch beobachten und relevante Verkaufsprozesse frühzeitig erkennen.
- eine wirkungsvolle Grundstücksgesellschaft zur Stadtentwicklung etablieren (für Wohnen, Wirtschaft u.a.), was auf einer bestehenden Gesellschaft aufbauen kann und Teil einer Beordnung der Zuständigkeiten und Aufgaben städtischer Gesellschaften sein wird.
- zur Finanzierung der Grundstücksgesellschaft eine Beteiligung von Bürgern daran durch eine Stadtanleihe als Fonds mit festen Zinssätzen prüfen.
- Einnahmen der Stadt aus Erbpachtverträgen dem Liegenschaftsfonds zuführen, um die Anzahl der städtischen Liegenschaften, die in Erbpacht vergeben werden, zu erhöhen.
- die Kooperation des Liegenschaftsfonds mit dem Netzwerk Frankfurt stärken.
- die Zweckentfremdung durch Dauerleerstand bei privaten sowie städtischen Wohnungen konsequent bekämpfen und zu diesem Zweck eine Leerstandssatzung nach Landesrecht bis Ende 2026 beschließen.
- zum 30.06. jeden Jahres einen Leerstandsbericht zu Liegenschaften vorlegen, die im Eigentum der Stadt oder von Gesellschaften stehen, an denen die Stadt eine Mehrheitsbeteiligung hält.
- leerstehende städtische Liegenschaften in der Regel über Konzeptvergaben vergeben.
- unsere Stadt nachhaltig, krisenfest und gerecht weiterentwickeln, also bei der überörtlichen Planung z.B. Stadtwald, Gärten und Landwirtschaft grundsätzlich erhalten.
- die Deckung des Bedarfs an Wohnungen und gewerblichen Flächen regional und interkommunal abstimmen und im nachbarschaftlichen Konsens vorantreiben.

- das Integrierte Stadtentwicklungskonzept 2030+ evaluieren und mit dem Zielhorizont für 2045+ unter Beachtung der Prinzipien der Leipzig-Charta fortschreiben. Folgende Projekte werden prioritär fortgeführt:
  - Transformationsprozess Innenstadt auf der Grundlage des Innenstadtkonzepts,
  - Stadtteil der Quartiere (sozial, klimaangepasst und gut angebunden),
  - Einhausung A661 als Impulsprojekt für die Stadt- und Landschaftsentwicklung,
  - Produktives Quartier Gutleut als Modell für Mischung von Wohnen, Gewerbe und Kultur,
  - Mittlerer Norden (U4-Lückenschluss, Ansiedlung der Europäischen Schule Frankfurt auf dem Bundesbankcampus und Weiterentwicklung der umliegenden Quartiere),
  - Kulturcampus als innovatives Quartier (Wohnen, Bildung, Kultur und Freiraum),
  - Campusmeile als Ort der Bildung und Wissenschaft (Vernetzung der Frankfurter Hochschulen und der Deutschen Nationalbibliothek),
  - Römerhof als durchmischtes Neubauquartier,
  - Weiterentwicklung des Frankfurter Westens bzgl. Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur,
  - Lyoner Quartier als Modell für die Transformation eines Bürostandorts,
  - Städtebauliche Einbindung des Fernbahntunnels,
  - Stadtweite Bundesgartenschau 2045.
- den Frankfurter Nordwesten mit den Quartieren „Produktives Praunheim“ und anschließend dem „Lachgrabenquartier“ bebauen, wobei letzteres in Dimension und Dichte auf die vorhandenen Siedlungsstrukturen abgestimmt wird. Auf dem Areal der Neu-Weststadt sollen keine Wohnungen, sondern Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen entwickelt werden, die für den Neuen Stadtteil und die angrenzende Nordweststadt einen Mehrwert bringen. Im Bereich der Entwicklungsmaßnahme sollen auch ausreichende Grünflächen, Kaltluftentstehungsgebiete und landwirtschaftliche Flächen berücksichtigt werden.
- die Günthersburghöfe mit einem städtebaulichen Entwurf entwickeln, der den Wohnungsbau auf die versiegelten Flächen beschränkt, aber die Grünflächen weiterentwickelt und der Öffentlichkeit zugänglich macht; die Festlegung der versiegelten Flächen soll bis Ende 2026 erfolgen.
- bei Projekten der Stadtentwicklung Dritte Orte und Nutzungsmischung stets mitdenken und in den Bebauungsplänen verankern: In lebendigen und sozial durchmischten Quartieren sollen Wohnen, Arbeiten, Nahversorgung, Bildung, Kultur und Freizeit eng miteinander verbunden sein (Leitbild der 15-Minuten-Stadt).
- das Einzelhandels- und Zentrenkonzept evaluieren und mit dem Ziel fortschreiben, die wohnortnahe Versorgung in allen Stadtteilen zu sichern.
- für jeden Stadtteil die wohnortnahen Einkaufsmöglichkeiten, Gaststätten und öffentlichen Begegnungsstätten erfassen und unter Einbindung der Bürger ein Konzept entwickeln, um Defizite zu beheben.
- nicht mehr benötigte kirchliche Liegenschaften auch in diesem Sinn sichern und womöglich kaufen.
- städtische Räume, die ihre ursprüngliche Funktion verlieren, als Ressourcen für die Innenentwicklung umwandeln, wobei das städtebauliche Sanierungsrecht konsequent angewendet und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt gestellt werden soll.

- die Weiterentwicklung solcher Räume auf eine funktionale Durchmischung von Wohnen und Gewerbe bzw. Handwerk ausrichten und damit urbane Produktion in den Quartieren erhalten und integrieren.
- neue Stadterneuerungsgebiete auf Basis stadtweiter Analyse und dem Abgleich mit laufenden Transformationsplanungen (Wärmeplanung, Infrastrukturprojekte, Verkehrsmaßnahmen) ausweisen; für auslaufende Fördergebiete etablieren wir prinzipiell eine Nachsorge.
- in benachteiligten Stadtteilen mit geringeren kulturellen und sozialen Angeboten gezielt in die Aufwertung des öffentlichen Raums und die Aufenthaltsqualität investieren.
- der Leitlinie „Sanierung vor Abriss“ folgen und die Stadt ressourcenschonend entwickeln; bei städtischen Vorhaben findet jeweils eine Einzelfallprüfung statt.
- kreative Zwischennutzungen von städtischen Immobilien ermöglichen.
- Möglichkeiten identifizieren, wo Parkplätze mit Wohnungen überbaut werden können.
- einen unabhängigen Gestaltungsbeirat einführen, der bei herausragenden Projekten den Bauwilligen ebenso wie der Verwaltung beratend zur Seite steht und die Öffentlichkeit miteinbezieht.
- für Neubaugebiete Gestaltungssatzungen beschließen.
- Frankfurt schöner machen, d.h. einen Gestaltungskatalog mit Leitlinien für den öffentlichen Raum sowie die Stadtmöblierung schaffen und den öffentlichen Raum entrümpeln.
- wichtige Plätze gezielt gestalten und damit deren Aufenthaltsqualität sowie soziale Kontrolle erhöhen, um das Leben in der Stadt zu fördern und attraktiver zu machen; dazu zählt namentlich die Sanierung und Neugestaltung der Hauptwache.
- ein Nutzungs- und Gestaltungskonzept für Hauptwache, Zeil und Konstablerwache aufstellen, das die Innenstadt aufwertet und stärkt, weil es gerade in Zeiten des Onlinehandels auf eine multifunktionale Gestaltung ankommt.
- ein bedarfsgerechtes, erweitertes Netz von öffentlichen Toiletten realisieren.
- eine planerische Vision für das Bahnhofsviertel entwickeln, welche auch die Aufenthaltsqualität im Viertel hebt und die Bedingungen für Wohnen, Gastronomie und Gewerbe verbessert.
- einen „Neustart Kulturcampus“ angehen: dazu den aktuellen Prozess bzgl. Juridicum (Abriss vs. Umnutzung) nicht abrupt stoppen, aber in 2026 auch zu Ende führen, ggf. eine Entscheidung über die Umplanung der HfMDK in 2027 oder 2028 in Absprache mit dem Land treffen.
- den Kulturcampus im Übrigen als innovatives Quartier mit dem „Offenen Haus der Kultur“, dem Frankfurt LAB, Freiflächen und Angeboten für studentisches und gemeinschaftliches Wohnen realisieren.
- den baufälligen Paradieshof in Sachsenhausen im Zuge des laufenden Konzeptverfahrens zu neuem Leben bringen, was Wohnungen mit einer kulturellen Nutzung im Erdgeschoss vereinigen soll und sowohl mit einem Neubau als auch mit einem Bestandserhalt enden kann.

- herausragende historische Liegenschaften schützen, aufwerten und als architektonisches Erbe begreifen.
- die Geschichte der Stadt und der Stadtteile und ihre charakteristischen Konturen in die Stadtplanung besser integrieren, um das kulturelle Erbe zu bewahren und gleichzeitig die modernen Anforderungen zu erfüllen.
- einen „Frankfurt-Standard“ für bezahlbares Wohnen etablieren, der die Baukosten deutlich senkt und innovative Ansätze nutzt (Gebäudetyp E, serielles und modulares Bauen, Umbaukultur, Kreislaufwirtschaft und einfache, robuste Bauweisen).
- auf der Basis der bisherigen Passivhausbeschlüsse den Frankfurter Passivhausstandard zeitgemäß mit ABG und Wissenschaft weiterentwickeln.
- Standards für nachhaltiges Bauen der Stadt auch in Bezug auf Bauschutt, Recycling von Baumaterialien und ressourcenschonende Materialverwendung im Bau entwickeln.
- bedarfsgerecht Sicherheit, Barrierefreiheit und Aufenthaltsqualität für alle Menschen im öffentlichen Raum verbessern („feministische Stadtplanung“).
- Innovationen und experimentellem Bauen Raum geben.
- Strukturen wie die Mietberatung im Amt für Wohnungswesen, die Stabsstelle Mieterschutz, die GIMA Frankfurt und Mieterschutzvereine aufrechterhalten als Hilfe und Kontrolle gegen Mietwucher.
- mieterfreundliches Verhalten von privaten Vermieterinnen und Vermietern durch eine Kampagne sichtbar machen (Programm „Gutes Vermieten“).
- zur Ausbildung neuer Fachkräfte im Planungs- und Baubereich beitragen, indem bei Stellen im Stadtplanungsamt Berufseinsteiger stärker berücksichtigt werden.

## 5. Soziales und Gesundheit

Frankfurt soll eine lebenswerte und weltoffene Stadt für alle Generationen bleiben – unabhängig von Geschlecht, ökonomischer Situation, sozialem Status, Herkunft, Erkrankung oder Beeinträchtigung. Wir fördern soziale Balance und gesellschaftliche Stabilität. Für gerechte Teilhabe und niedrigschwellige Zugang zu Hilfen werden wir die soziale und gesundheitliche Infrastruktur stadtweit stärken und sozialraumorientiert ausbauen, um ein selbstbestimmtes Leben in jedem Alter zu ermöglichen. Mit präventiven Angeboten und Maßnahmen wollen wir handeln, bevor Frankfurterinnen und Frankfurter in soziale Notlagen geraten. Benachteiligte Zielgruppen werden passgenau gefördert, soziale Strukturen ausgebaut, das Miteinander gestärkt, gesellschaftliche Spannungen abgebaut.

### Daher wollen wir

- das Bündnis gegen Kinderarmut weiterentwickeln und zeitnah quartierspezifische Unterstützungen etablieren, anknüpfend an bestehende Strukturen, die der Vielfalt gerecht werden. Dafür soll ein Fonds eingerichtet werden.
- dass die Bekämpfung von Armut bei politischen Entscheidungen ämterübergreifend Berücksichtigung findet. Laufend aktualisierte Lebenslagenkarten und Sozialmonitoring werden dazu als notwendige Datenbasis für die folgende Sozialplanung genutzt. Wir setzen auf Pilotprojekte, um schnell in eine Umsetzung in der Praxis zu kommen.
- bedarfsgerecht mehr klimaresiliente offene Plätze und öffentliche Räumlichkeiten für Frankfurt schaffen, in denen Menschen sich treffen können – ohne Konsumzwang und als Prävention gegen Einsamkeit.
- Kochen und Essen als Gemeinschaftserlebnis fördern. Dafür sollen bereits bestehende Angebote weiterentwickelt werden.
- Spielplätze zu Begegnungsorten für die ganze Familie weiterentwickeln. In diesem Sinne werden sie mit barrierefreien Angeboten für alle Generationen ausgestattet.
- bei der Planung von Begegnungsorten auch den Schutz vor Kälte und Hitze beachten.
- eine gendersensible, gut ausgestattete Kinder- und Jugendhilfe fördern. Dazu unterstützen wir u.a. die Arbeit der freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit und wollen bedarfsorientierte Jugendangebote in möglichst vielen Stadtteilen als sichere und attraktive Begegnungsstätten schaffen oder weiterentwickeln.
- die im FJR organisierten Kinder- und Jugendverbände bei ihrer wichtigen Arbeit stärken und die ihnen insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel erhöhen.
- die im RPJ organisierten politischen Jugendverbände bei ihrer demokratiestärkenden Arbeit weiter fördern und die ihnen insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel erhöhen.
- ein stadtteilübergreifendes Konzept zur Unterstützung Alleinerziehender entwickeln.

- Ferienprogramme des FJR und des Ferienkarusells, insbesondere für Kinder aus einkommensarmen Familien, ausbauen sowie das Frankfurter Schullandheim Wegscheide weiter unterstützen.
- die Bedarfe älterer Menschen stärker berücksichtigen und dazu u.a. das Programm Würde im Alter auskömmlich finanzieren.
- den Bereich der präventiven Hilfen für Senioren und Familien stärken und eine Dynamisierung des Bereichs der sog. freiwilligen Hilfen im Sozialen vornehmen.
- dass Frankfurt dem internationalen Netzwerk „Age-friendly Cities and Communities“ der World Health Organization beitrifft.
- wohnortnahe Versorgungs- und Unterstützungsangebote für Senioren in allen Stadtteilen stärken und verfolgen konsequent den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Der Ausbau von Service- und Bringdiensten soll zur Förderung eines selbstbestimmten Lebens beitragen. Dabei berücksichtigen wir die vielfältigen Bedarfe der Menschen und fördern kultur- und LGBTIQ-sensible Angebote.
- Seniorenbegegnungszentren und generationenübergreifende Treffpunkte als Orte gegen Einsamkeit stärken und weiterentwickeln.
- barrierefreie öffentliche Räume, sichere Wege, Sitzgelegenheiten sowie ausreichende Beleuchtung im Quartier stärker berücksichtigen.
- die Bedürfnisse älterer Menschen und mobilitätseingeschränkter Personen in ÖPNV, Stadtplanung und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum stärker einbeziehen.
- die digitale Teilhabe älterer Menschen durch niedrigschwellige Angebote in den Stadtteilen und Senioreneinrichtungen fördern.
- ehrenamtliche Besuchs- und Unterstützungsangebote sowie nachbarschaftliche Hilfen stärken.
- die Plattform 55plus als Einrichtung des lebenslangen Lernens sichern.
- einen gleichberechtigten Zugang zu Pflegeberatung und -unterstützung für alle älteren Menschen ermöglichen, unabhängig von kulturellem Hintergrund und sozialer Einbindung. Dazu wird der Pflegestützpunkt Frankfurt um eine zusätzliche Fachkraft mit interkultureller Kompetenz erweitert.
- Aufsuchende und stationäre Angebote sowie Beratung für Demenzerkrankte und deren Angehörige ausbauen, um diese wirksam zu entlasten.
- ambulante und stationäre Angebote besser verzahnen, damit Pflege sich verlässlich und wohnortnah an die Lebenssituation der Menschen anpasst.
- eine stationäre Pflegeeinrichtung für schwerst suchtkranke Menschen schaffen und den Bedarf nach einem geschlossenen Pflegeheim für psychisch erkrankte Menschen in den Blick nehmen.
- den Frankfurter Pflegerat, der die Interessen von Pflegebedürftigen und ihren pflegenden Angehörigen vertritt, weiterführen.

- mehr Pflegekräfte im Ausland anwerben.
- die Einführung einer digitalen Pflegeplatzbörse prüfen, die freie Plätze in Tages-, Kurzzeit- und stationären Pflegeangeboten transparent darstellt.
- die Anzahl der Quartiersmanager je nach Bedarf schrittweise erhöhen, so dass perspektivisch in jedem Stadtteil ein solches Angebot etabliert wird.
- Angebote zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der aktiven Nachbarschaft ausbauen. Dazu werden neue Ansätze der Anwerbung und Vermittlung von Ehrenamtlichen umgesetzt und dies mit dem Quartiersmanagement sowie den Sozialräthäusern koordiniert.
- den Ansatz der aktiven Nachbarschaft stärken und kreative Initiativen unterstützen, die Menschen in den Stadtteilen über soziale Lagen hinweg zusammenbringen.
- Generationenübergreifende Mentoringprogrammen fördern.
- eine „Frankfurter Strategie gegen Einsamkeit“ für alle Altersgruppen entwickeln, die zahlreiche Dezernate und Politikfelder einbindet und Bürgerinnen und Bürger beteiligt, um schon präventiv zu wirken.
- Inklusion als Querschnittsaufgabe in allen städtischen Ämtern und Vorhaben verankern und die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen.
- die Stabsstelle Inklusion und den/die Behindertenbeauftragte/n stärken, damit Barrierefreiheit im Rahmen städtischer Planungen konsequenter nachverfolgt und umgesetzt wird.
- die Expertise der betroffenen Menschen einholen und ihre Beteiligung zusammen mit der Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft (FBAG) sicherstellen. In diesem Zusammenhang wird das „Community Outreach Programm“ weiterentwickelt.
- das Angebot von Ferienfreizeiten speziell für Geschwister von Kindern mit Behinderungen ausweiten.
- barrierefreie Kommunikation, auch in verschiedenen Sprachen, auf städtischen Webseiten, in Ämtern, Publikationen und bei Veranstaltungen verbindlich umsetzen und sämtliche Online-Angebote der Stadt Frankfurt auf Barrierefreiheit überprüfen.
- das städtische Internetangebot für Menschen mit Behinderungen, "frankfurt-inklusiv.de" verbessern und stetig aktualisieren.
- die Arbeitgeber im Bereich der Pflege bei der Organisation von Visa, Ausbildung, Wohnungssuche, Sprache und Familie entlasten. Dazu werden beschleunigte Prozesse im FIO etabliert.
- aktive Arbeitsmarkthilfen für Menschen mit Vermittlungshindernissen, insbesondere junge Menschen ohne Abschluss, Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte, ausbauen.
- Bildungsberatung und Umorientierung fördern, das Frankfurter Arbeitsmarktprogramm stärken und geförderte Ausbildungsplätze bei Trägern weiter anbieten und Konzepte für Kooperationen mit Betrieben in Frankfurt entwickeln.

- mit dem Jobcenter und der Arbeitsagentur den Bildungspunkt als zentrale Anlaufstelle für Weiterbildungsberatung verbessern und bekannter machen.
- die Beratungsarbeit der FRAP-Agentur für Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie in Hilfskraftstellen ausbauen.
- weitere betriebsintegrierte Beschäftigungsverhältnisse in der Stadt schaffen, um Menschen mit Behinderung den (Wieder)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- das Projekt „Arbeitsmarktzugang für Geduldete und Gestattete“ nach Wiesbadener Vorbild umsetzen.
- die Mitarbeiter des Jobcenters durch Schulungen befähigen, Personen beim Ausstieg aus der Prostitution professionell und bedarfsgerecht zu beraten und zu unterstützen.
- einen Frankfurter Aktionsplan mit konkreten Arbeitsstrukturen zur Überwindung von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit erstellen, um Hilfen besser zu koordinieren und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Hier sind besonders schutzbedürftige Gruppen gezielt zu berücksichtigen.
- „Housing First“ als zentrales Instrument in der Obdachlosenhilfe erweitern.
- weitere menschenwürdige Übernachtungsmöglichkeiten für obdachlose Menschen sowie ausreichend Unterkünfte mit menschenwürdigen Standards für Wohnungslose und geflüchtete Menschen schaffen, auch für zugewanderte EU-Bürger ohne unmittelbaren Sozialhilfeanspruch.
- die Situation in der Notunterkunft am Eschenheimer Tor für die dort nächtigenden Menschen unter Berücksichtigung der Anliegen der Anwohner und Fahrgäste verbessern.
- das Angebot des Hitze- und Kältebusses sichern und die Nutzung von kostenlosen Schließfächern prüfen.
- bei neuen oder veränderten Angeboten die Belange von Betroffenen, Anwohnern, Gewerbetreibenden und Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Raums berücksichtigen.
- das Programm „Sichere Geburt“ für Schwangere ohne Krankenversicherungsschutz fortführen und dessen Finanzierung sichern.
- die flächendeckende Versorgung mit Hebammen in Frankfurt verbessern, beispielsweise durch ein Hebammenstipendium mit Niederlassungsverpflichtung, längere Parkzeiten mit dem „Parkausweis Sozialer Dienst“, erweiterte Datenerfassung durch das Gesundheitsamt zur Erkennung von Versorgungslücken und den erleichterten Zugang zu vergünstigtem Wohnraum.
- die Renovierung des Geburtshauses finanziell unterstützen.
- uns für die Beibehaltung des Studienganges Hebammenwissenschaft an der Frankfurt University of Applied Sciences einsetzen.
- die Frühen Hilfen weiter ausbauen und auch für Frauen und Kinder ohne Krankenversicherung ermöglichen.

- das Modellprojekt „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“ verstetigen und weiterentwickeln sowie die anonyme Dokumentation von Gewaltfolgen/Spurensicherung in städtischen Kliniken als Standard etablieren.
- Beratungsangebote für Frauen und Familien, wie die Pro Familia, fördern – auch bei Verhütungsfragen. Der Verhütungsmittelfonds wird zur Kostenübernahme für Verhütungsmittel und die Pille danach für bedürftige Frauen (insofern dies nicht durch die GKV übernommen wird) gesichert.
- die gesetzlich festgeschriebene Versorgung mit Schwangerschaftsabbrüchen gewährleisten, dies soll auch bei neuen Verträgen für bestehende medizinische Einrichtungen mit städtischer Beteiligung beachtet werden.
- FGM/C-betroffene Frauen durch kultursensible Weiterbildung von medizinischen Fachkräften besser versorgen und unterstützen und prüfen, wie sich Frankfurt am Aufbau einer mikrochirurgischen Versorgung für Genitalrekonstruktion beteiligen kann.
- die in Frankfurt vorhandene Struktur der medizinischen Versorgung, aufsuchenden Hilfen, Information, Beratung sowie Ausstiegshilfen/-wohnungen für Prostituierte finanziell sichern und ausbauen.
- Endometriose, Menstruationsgesundheit sowie Peri- und Menopause als kommunale Gesundheitsthemen sichtbarer machen und gemeinsam mit Gesundheitsamt, medizinischen Akteuren, Beratungsstellen und Selbsthilfe niedrigschwellige Informations- und Fortbildungsangebote entwickeln.
- ein Kinderhospiz durch einen freien und anerkannten Träger in Frankfurt einrichten.
- anonyme und kostenlose Testmöglichkeiten auf sexuell übertragbare Krankheiten ausbauen und stärker bewerben, u.a. um die UNAIDS-Ziele 90-90-90 in Frankfurt zu erreichen und Infektionskrankheiten einzudämmen.
- in allen städtischen und öffentlichen Einrichtungen Defibrillatoren anbringen und die Beauftragten für Erste Hilfe regelmäßig schulen.
- Modellprojekte wie Gesundheitskioske und Community Health Nurses (Gemeindepfleger) bei vorhandenen bundes- und landespolitischen Programmen und gesetzlichen Regelungen auch in Frankfurt erproben.
- Beratungsangebote für Angehörige pflegebedürftiger Kinder sowie für Long-COVID bzw. ME/CFS-Betroffene ausbauen.
- bei den übergeordneten Stellen (KV Hessen, Städtetag) darauf hinwirken, dass alle Stadtteile hausärztlich und kinderärztlich versorgt sind.
- niedrigschwellige Ambulanzen für nicht versicherte Menschen (humanitäre Sprechstunde, StuPoli [Studentische Poliklinik], Elisabeth-Straßenambulanz, etc.) der Gesundheitsversorgung dauerhaft erhalten und ausbauen.
- die Gesundheitsberichterstattung des Gesundheitsamtes als Grundlage für zielgerichtete und bedarfsgerechte Maßnahmen ausbauen.

- die drei Säulen des Frankfurter Gesundheitskonzeptes weiter stärken: Vernetzung, Gesundheitskommunikation und universeller Zugang zu Gesundheitsangeboten.
- eine kommunale Public-Health-Strategie mit Fokus auf Prävention, Gesundheitsgerechtigkeit, sozialräumliche Versorgung sowie telemedizinische und digitale Gesundheitsangebote, um Gesundheitsversorgung gezielt in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen auszubauen.
- Sozial- und Gesundheitseinrichtungen von freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden bei der Hitzeanpassung unterstützen, beispielsweise indem wir die Finanzierung von Investitionskosten durch die Stadt Frankfurt prüfen.
- öffentliche Plätze mit Sitzgelegenheiten, kostenlosem Zugang zu Trinkwasser, Sportgeräte, Verschattung und intensiver Begrünung gestalten.
- die psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung im kommunalen Verantwortungsbereich stärken. Dazu gehören die vielfältigen Angebote des Gesundheitsamtes, psychosoziale Unterstützung für Vorschulkinder in den Kinderbetreuungseinrichtungen und in Schulen und die Angebote auch für Eltern in der Erziehungshilfe, der psychotherapeutischen Beratung in allen Schulformen und der beschleunigte Neubau der Psychiatrie des Klinikums Höchst (varisano).
- eine städtische Suizidprävention stärken, insbesondere für die stark betroffenen Zielgruppen – junge Frauen und ältere Männer. Für seelische Krisen bei Kindern und Jugendlichen wollen wir bestehende Krisentelefone bekannter machen, die 24/7-Krisenaufnahme in Zusammenarbeit mit bestehenden Projekten, wie FraPPE stärken, und weitere Hilfsangebote schaffen.
- die Unterstützung für Kinder von psychisch oder suchterkrankten Eltern ausbauen.
- lokale Netzwerke zur Prävention, Entstigmatisierung und frühzeitigen Hilfe bei psychischen Erkrankungen dauerhaft stärken, z.B. durch die Organisation von Anti-Stigma-Kampagnen und Mental Health Days.
- die Gemeindepsychiatrie als Alternative zur stationären Behandlung von (chronisch) psychisch erkrankten Menschen stärken.
- uns für eine sozial-psychiatrische ambulante Betreuung und Tagesklinik für Kinder und Jugendliche in Frankfurt einsetzen.
- spezielle Angebote für pflegende Angehörige mit Depressionen sowie Menschen mit Behinderungen mit psychischer Belastung etablieren.
- die kommunale Krankenhausplanung stärken. Das Format der Frankfurter Krankenhauskonferenz und die Arbeit des Klinikreferats wollen wir dauerhaft etablieren.
- das Klinikum Höchst im kommunalen Varisano-Verbund in städtischer Beteiligung halten, als maximalversorgendes und forschendes Krankenhaus mit attraktiven Arbeitsplätzen.
- das Zukunftskonzept „Varisano“ unterstützen. Wir stehen hinter dem Restrukturierungskonzept mit dem Ziel, den Klinikverbund wirtschaftlich zu machen und führen die bauliche Entwicklung weiter.

- das Krankenhaus Nordwest und das Hospital zum Heiligen Geist weiterentwickeln und dafür die Chancen der Krankenhausreform nutzen.
- den Frankfurter Weg in seinen Grundprinzipien weiterentwickeln und Hilfe, Prävention, (Substitutions-)Therapie, medizinische Versorgung, Schadensminimierung, öffentliche Ordnung und die Entlastung des öffentlichen Raums zusammendenken.
- in Bezug auf das sich verändernde Konsumverhalten neue Ansätze in der Prävention, der Schadensminimierung, den medizinischen und pflegerischen Hilfen sowie psychosozialer und psychiatrischer Begleitung entwickeln.
- die aufsuchenden und einrichtungsbezogenen psychosozialen und insbesondere die psychiatrische Straßenarbeit für die Betroffenen ausweiten.
- die direkte Ansprache von Abhängigen und fallgeführte Ansätze im öffentlichen Raum und die Verlagerung der Drogenszene in die Hilfseinrichtungen fördern.
- Hilfen für schwerst erkrankte Drogenkonsumierende so ausgestalten, dass Verelendung verhindert, Wege in Stabilisierung eröffnet und Belastungen im öffentlichen Raum reduziert werden.
- die Zusammenarbeit von Suchthilfe, Gesundheitswesen, Sozialarbeit, Ordnungsbehörden und Polizei im "Kommunikationsprozess Drogenhilfe" verstetigen und weiter stärken.
- die Arbeit von Drogenhilfeeinrichtungen und aller im Bahnhofsviertel aktiven städtischen Akteure weiterhin evaluieren, um Entwicklungen und Veränderungen schneller zu erkennen und die Hilfsangebote an die tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen.
- die qualitative Verbesserung der stabilisierenden und ausstiegsorientierten Hilfen wie Schuldnerberatung, Ausbildung, Beschäftigung, Qualifizierung, geschlechtsspezifische Angebote, Haftentlassungen.
- die Entwicklung von Angeboten zum "Drug-Checking" zur Vermeidung von Überdosierungen und zur Reduktion von Rettungseinsätzen.
- gemeinsam mit anderen Großstädten das bundesweite Modellprojekt für medikamentöse und substanzgestützte Behandlungsansätze bei Crack- und Kokainabhängigkeit weiter vorantreiben.
- uns für einen hessischen Drogenhilfeplan einsetzen und in Arbeitskreisen und Fachrunden mit Trägern und Verbänden den Bedarf an Entzugseinrichtungen und Übergangswohnheimen analysieren.
- Drogenkranke aus den niedrigschwelligen Einrichtungen in Frankfurt an höherschwellige Einrichtungen in ihren Heimatregionen vermitteln, denn nicht alle Drogenkranken können in Frankfurt versorgt werden.
- Angebote für suchtkranke und gefährdete Kinder und Jugendliche schaffen: Für Minderjährige, die aufgrund von gesundheitlichen, familiären und sozialen Beeinträchtigungen zu Crack (Kokain), Fentanyl (Opioid) und anderen Suchtmitteln greifen, wollen wir eine niedrigschwellige interdisziplinäre Schutzeinrichtung einrichten.

- die Früherkennung und Frühintervention durch zielgruppenspezifische und vernetzte Angebote in Zusammenarbeit von Drogenhilfe, Jugendhilfe und Schule stärken.
- Cannabis-Bannmeilen rund um Schulen absichern.
- den verbotenen Verkauf von Alkohol, Nikotinprodukten und Lachgas an Minderjährige durch häufigere Kontrollen eindämmen.
- das Thema Spiking (unfreiwilliger Drogenkonsum, z.B. K.-o.-Tropfen) stärker in den Blick nehmen.
- Prävention, Hilfs- und Aufklärungsangebote bei Verhaltensüchten in der kommunalen Gesundheitsförderung verankern und stärken, sowie die bestehenden kommunalen Steuerungs- und Genehmigungsmöglichkeiten nutzen.
- bei städtischen Flächen, Veranstaltungen und Kommunikationskanälen keine Werbung für Sportwetten und Glücksspiel zulassen.
- Fan-Projekte nachhaltig fördern, insbesondere bei der Suchtprävention sowie in der Aufklärungsarbeit.
- die bessere Versorgung der Stadtteile mit besonderen sozialen Problemlagen und prüfen die Etablierung zweier neuer Sozialrathäuser.
- das Angebot der Beratungsbusse der Sozialrathäuser ausbauen und einen Abholdienst für Fahrten zu städtischen Ämtern prüfen (ähnlich wie Beförderungsscheine für schwerstbehinderte Menschen).
- die hauptamtlich und ehrenamtlich beschäftigten Personen in der sozialen Arbeit durch die Sozialrathäuser noch intensiver vernetzen (z.B. Quartiersmanager, Nachbarschaftshelfer, Sozialbezirksvorsteher).
- Menschen auch weiterhin mit analogen Angeboten die Teilhabe an unserer Stadtgesellschaft ermöglichen.
- die Publikation "Frankfurt im Blick" um aktuelle, regionale Informationen aus den Stadtteilen erweitern.
- Zugangshürden zu Sozialangeboten beim Bildungs- und Teilhabepaket, dem Frankfurt-Pass, Wohngeld und weiteren Sozialleistungen abbauen. Dazu erheben wir Nutzungsquoten und intensivieren die Bekanntheit, vereinfachen die Schnittstellen-Digitalisierung der bisherigen Antragsverfahren bei städtischen Ämtern und prüfen einen einheitlichen digitalen Nutzerzugang.

## 6. Wirtschaft und Digitalisierung

Unser Ziel ist es, Frankfurt als prosperierenden Wirtschaftsstandort mit internationaler Bedeutung zu erhalten und auszubauen. Frankfurt gehört zu den wichtigsten Finanzplätzen der Welt. Als internationales Drehkreuz des Güter- und Personenverkehrs, als Industriestandort, aber auch Knotenpunkt des Internets ist unsere Stadt ein bevorzugter Standort für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Frankfurt benötigt attraktive und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, um hochqualifizierte Fachkräfte, Kapital, Institute und Institutionen zu gewinnen und zu binden. An der Verbesserung dieser Rahmenbedingungen wollen wir vor Ort arbeiten.

Wir wollen europäische Digitalhauptstadt bleiben. Unser Ziel ist eine leistungsfähige Stadtverwaltung mit exzellentem Bürgerservice, datenbasierten Entscheidungen und einer souveränen, resilienten Infrastruktur.

### Daher wollen wir

- das Stadtentwicklungskonzept in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft rasch umsetzen.
- das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm endlich umsetzen, neue Gewerbe- und Industrieflächen ausweisen und die bisherigen Industrie- und Gewerbegebiete wie z.B. "Samson" und "Binding-Brauerei" als solche erhalten.
- Interkommunale Gewerbegebiete mit benachbarten Kommunen entwickeln und die dazu notwendigen Mittel frühzeitig bereitstellen.
- auf eine vernetzte Planung von Wohnen und Gewerben achten.
- eine Markenbildung der Gewerbegebiete etablieren.
- das Prinzip des nachhaltigen Gewerbegebiets weiter fördern und ausbauen.
- die Erreichbarkeit von Gewerbegebieten mit dem ÖPNV, dem Rad und zu Fuß verbessern.
- ein Leerstandskataster von der Wirtschaftsförderung einrichten lassen, welches einen umfassenden Überblick über nicht genutzte Gewerbeflächen in Frankfurt gibt.
- den Masterplan Industrie fortschreiben und die Industrieparks Höchst und Fechenheim mit ihren Arbeitsplätzen sichern.
- die Leistungsfähigkeit der Industriestraßen erhalten und daher Budget und Planungskapazitäten des Industriestraßenprogramms aufstocken, um es schnellstmöglich umsetzen zu können.
- LKW-Stellplatzkapazitäten im Zuge der Sanierung der Industriestraßen erhalten.
- den Osthafen in seiner Funktion sichern, Intermodalität unterstützen und Kreislaufwirtschaft fördern.
- die ansässigen Luftverkehrsunternehmen und insbesondere die multimodale Drehkreuzfunktion des Frankfurter Flughafens im internationalen Wettbewerb stärken.

- zusammen mit der FRM perspektivisch Konzernzentralen, z. B. Lufthansa, nach Frankfurt holen.
- perspektivisch das Clearing von Euro-Derivaten nach Frankfurt holen.
- Frankfurt als Standort für „Net Zero“ in der Luftfahrt etablieren.
- die „Taskforce Finanzplatz“ unterstützen, aus der neben der Charta der Zusammenarbeit, ein Policy Papier und die Finanzplatzstrategie entstanden sind und werden uns als Stadt auch weiterhin in diesem Gremium engagieren.
- wir uns weiter bei der angestrebten Neuaufstellung der Finanzplatzinitiative „Frankfurt Main Finance e.V.“ engagieren und werden unseren Mitgliedsbeitrag, wie bereits andere Mitglieder, verdoppeln, um die Geschäftsstelle materiell und personell auszubauen.
- mit den wesentlichen Vertretern des Finanzplatzes nach dem Prinzip „Business Welcome“ im kontinuierlichen Austausch sein, u insbesondere eine Netzwerk-Plattform zwischen Start-Ups, FinTechs und etablierten Finanzmarktakteuren zu schaffen.
- Nachhaltige Finanzwirtschaft als Standortfaktor weiter unterstützen.
- verlässliche und transparente Rahmenbedingungen für einen modernen digitalen Standort und eine ausgewogene Flächenpolitik schaffen, die auch anderen Gewerben Entwicklungsmöglichkeiten bietet und zugleich städtebauliche Effekte wirksam steuert.
- die Bedeutung von Rechenzentren für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Digitalstandort Frankfurt anerkennen: Die Abwärme von Rechenzentren konsequent nutzbar machen und in die kommunale Wärmeplanung, den Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen sowie geeignete Quartierslösungen einbeziehen.
- uns bei der Weiterentwicklung des Rechenzentrumstandorts intensiv mit der Region und dem Land Hessen austauschen und das Frankfurter Rechenzentrumskonzept entsprechend zügig fortentwickeln.
- die Stromversorgung für unsere Stadt durch systematischen Ausbau und Verstärkung des Stromnetzes, Modernisierung von Mittel- und Niederspannungsleitungen sowie Bau von neuen, platzsparenden Umspannwerken, absichern.
- die Schlüsselprojekte des Masterplans Tourismus 2030 umsetzen.
- den Tourismus durch eine international konkurrenzfähige Vermarktung Frankfurts stärken, indem wir die Marke Frankfurt dezernatsübergreifend und mit externer Unterstützung neu entwickeln, um die touristische Vermarktung Frankfurts neu zu definieren.
- einen Marken- und Strategiebildungsprozess anstoßen, um Sichtbarkeit, Wiedererkennungswert und Reichweite zu verbessern, eine übergeordnete Stadtidentität zu entwickeln und für die Attraktivität als Wirtschafts- und Lebensstandort werben.
- Handel.Frankfurt fortführen und mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Vertreter des Handels etablieren.
- städtische Ausschreibungen so gestalten, dass auch lokale Unternehmen gute Chancen haben, an diesen teilzunehmen und diese zu gewinnen.

- bei öffentlichen Aufträgen, die durch die Stadt vergeben werden, eine konsequente Bezahlung nach Tarif sowie den Ausbau der damit einhergehenden Kontrollen.
- städtische Satzungen, wie die Sondernutzungssatzung oder die Werberichtlinie, überarbeiten und den lokalen Händlern und Gastronomen mehr Gestaltungsspielraum ermöglichen.
- Pilotprojekte für längere Öffnungszeiten in der Außengastronomie im Einklang mit Anwohnern umsetzen, sowie der Außengastronomie an geeigneten Orten mehr Platz zugestehen insbesondere an Wochenenden und in den Sommermonaten.
- die Wirtschaftsförderung Frankfurt weiterhin als wichtigen Dienstleister für Frankfurter Unternehmen ausbauen.
- den MICE-Bereich stärken, indem wir das Kongressgeschäft durch intensive Akquise ausbauen, eine strategische Messepolitik für den Standort betreiben und eine Förderrichtlinie für die Verwendung der geschäftlichen Tourismusbeiträge zur MICE-Akquise entwickeln.
- die geplante Anbindung der Messe mit einer U-Bahn-Station im Europaviertel zügig vorantreiben.
- bei städtischen Veranstaltungen hohe Standards für Barrierefreiheit, Müllvermeidung und Nachhaltigkeit umsetzen. Zudem prüfen, inwieweit Veranstaltungen bei der Erreichung hoher Standards unterstützt werden können.
- städtische Gesellschaften bei der Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften unterstützen.
- das Einkaufserlebnis auf der Zeil verbessern und die Attraktivität der Innenstadt zur Unterstützung des lokalen Einzelhandels erhöhen.
- die Sanierung der technischen Infrastruktur der Kleinmarkthalle zügig umsetzen und Händler und Familienbetriebe unterstützen.
- die Wochenmärkte zukunftsfähig aufstellen und weitere Anreize für nachhaltige, regional produzierte Waren schaffen.
- die Zusammenarbeit mit den Verbänden und Gewerbevereinen ausbauen und mehr Stadtteilaktivitäten zur Förderung der lokalen Wirtschaft durchführen.
- den Festplatz am Ratsweg sanieren und u.a. für die Dippemess im Frühjahr und Herbst erhalten.
- zur Stärkung des Frankfurter Start-up Ökosystems und zur nachhaltigen Förderung von Wissens- und Technologietransfer unter Einbindung von Kapitalgebern das Grundstück gegenüber der Nationalbibliothek als Teil der Campusmeile zügig erschließen und in den Stadtteil integrieren.
- das Start-Up-Ökosystem um z. B. Futury, TechQuartier und FiZ weiter unterstützen, Frankfurt Forward als Start-Up-Plattform weiterführen und die städtischen Unternehmen zu mehr Kooperationen mit Start-Ups motivieren.
- im Gründerzentrum Kompass die wesentliche Gründungsunterstützung der Stadt bündeln, dieses finanziell langfristig aufstellen und bei der Standortsuche unterstützen.

- den Wissenstransfer von Uni, Hochschulen und Instituten in die Unternehmen durch regelmäßige Branchentreffen fördern.
- Social Entrepreneurship, Genossenschaften, die Verantwortung für soziale, ökologische und kulturelle Belange übernehmen und gemeinwohlorientierte Start-ups fördern.
- die Förderung von Gründerinnen ausbauen und die laufenden Projekte, z.B. She STARTS mit unseren Partnerstädten Lviv und Krakau, fortführen, um weiterhin mehr Frauen für das Gründen zu begeistern und sie dabei zu unterstützen.
- den Gründerfonds weiterentwickeln und diesen aufstocken, so dass dieser z.B. auch bei Unternehmensnachfolgen verstärkt unterstützen kann.
- den städtischen Kofinanzierungspool für Projekte zur Förderung von Gründungen und Start-Ups aufstocken und verstetigen.
- die verschiedenen Frankfurter Gründerpreise weiterführen und etablieren.
- die wachsende Gaming-Branche unterstützen und Gaming-Events nach Frankfurt holen.
- die Einrichtung eines House of Creativity and Innovation prüfen und die Frankfurter Kultur- und Kreativwirtschaft fördern.
- zur Stärkung Frankfurts als kreativem Standort kreative Zwischennutzungen sowie temporäre Fashion-, Design- und Retailformate in leerstehenden Immobilien ermöglichen und interdisziplinäre Formate an der Schnittstelle von Fashion, Musik, Design, Gaming, Sport und urbaner Kultur zur stärkeren internationalen Positionierung Frankfurts als Creative-City-Standort fördern.
- das Engagement Frankfurts im Bereich Fair Trade fortsetzen.
- nach dem Vorbild Münchens 3 Handwerkerhöfe im Westen, Osten und Norden Frankfurts planen und umsetzen.
- zusammen mit der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main den Campus für Berufliche Bildung in Rödelheim verwirklichen, dazu den notwendigen Bebauungsplan aufstellen und die notwendigen Finanzmittel für die Planungs-, Errichtungs- und Betriebsphase zur Verfügung stellen, damit die Grundsteinlegung in 2029 erfolgen kann.
- zusammen mit den Kammern ein freiwilliges Handwerksjahr nach dem Vorbild Lübecks prüfen, um junge Menschen in ihrer Berufsorientierung zu unterstützen und dem Fachkräftemangel zu begegnen.
- um die Belastungen und wirtschaftlichen Nachteile für betroffene Unternehmen bei notwendigen Baumaßnahmen im öffentlichen Raum zu verringern: das städtische Baustellenmanagement verbessern, mit dem Ziel Bauzeiten und die Koordination zwischen Ämtern, Baulastträgern und betroffenen Unternehmen zu optimieren.
- frühestmögliche und umfassende Information sowie die Einbindung von Betroffenen bei der Planung von Baustellen.
- zum Ausgleich und zur Reduzierung der wirtschaftlichen Nachteile durch notwendige Baustellen schnelle und unbürokratische Hilfen z.B. durch temporäre kreative Werbe- und

Präsentationsflächen und der Gebührenfreiheit für Straßensondernutzungen während der Dauer der Baumaßnahmen.

- einen Runden Tisch aus Taxi- und Mietwagenverbänden sowie Vermittlern einberufen, um eine Vision für die zukünftige Gestaltung des Taxi- und Mietwagenmarkts zu entwickeln.
- uns für einen fairen Wettbewerb und gute Arbeitsbedingungen mit klaren Regeln bei Taxis und Mietwagendiensten einsetzen; eine Entscheidungsgrundlage dafür wird das Gutachten zu den Mindestpreisen sein.
- die Attraktivität für Unternehmen als auch die Willkommenskultur für (internationale) Fach- und Führungskräfte steigern und den Fachkräftemangel als Querschnittsaufgabe verstehen.
- die Antragsbearbeitung im FIO beschleunigen und den Bürgerservice verbessern z.B. mit einem KI-gestützten Pilotprojekt, wodurch u.a. Verfahren vorsortiert, doppelte Anträge erkannt und umgehend digitale Rückmeldung gegeben wird.
- Frankfurt attraktiver für internationale Fachkräfte machen u.a. mit international konkurrenzfähigen mehrsprachigen Kindergarten- und Schulplätzen sowie Gesundheits- und Freizeitangeboten.
- die Bildungsberatung und Umorientierung fördern, das Frankfurter Arbeitsmarktprogramm stärken und geförderte Ausbildungsplätze bei Trägern in Frankfurt sichern.
- die FrankfurtRheinMain (FRM) GmbH weiter stärken, um weitere nationale und internationale Unternehmen im RheinMain-Gebiet anzusiedeln. Zur Öffentlichkeitsarbeit soll Frankfurt auch weiterhin bei internationalen hochrangigen Events, wie dem Weltwirtschaftsforum in Davos, vertreten sein.
- die Unterstützung des flächendeckenden Ausbaus von Glasfaser durch den Abschluss von Vereinbarungen mit Telekommunikationsunternehmen weiterverfolgen.
- die Infrastruktur zur Erfassung planungsrelevanter Daten (z.B. zu Passantenfrequenzen, Umwelt, Verkehrsfluss) flächendeckend ausbauen.
- bis spätestens zum Beginn des Frankfurter Weihnachtsmarktes das Parkleitsystem ertüchtigen und wieder in Betrieb nehmen.
- die gemeinwohlorientierte digitale Zivilgesellschaft durch Förderung und Vernetzung stärken.
- das Display (Raum für digitale Praxis) als Anlaufstelle und interdisziplinären Experimentier- raum für kreative, kritische und praktische Auseinandersetzung mit Technologie, durch Förderung und Vernetzung etablieren.
- die Umsetzung von KI-Prognosen auf Basis großer, komplexer Datensätze um diverse Szenarien im Bereich der Verkehrs- und Stadtplanung zu simulieren und dabei die Idee des Digitalen Zwillings weiterverfolgen und Simulationen ermöglichen.
- Frankfurt.de verbessern und zu einem barrierefreien, mehrsprachigen digitalen Rathaus ausbauen, um Verwaltungswege zu verkürzen und Beschäftigte zu entlasten.

- die städtischen Informationsplattformen in einer Frankfurt-App zusammenführen, die neben Verwaltungsdienstleistungen wichtige Informationen von Müllabfuhr & Veranstaltungshinweisen bis Baustelleninformation oder Katastrophenwarnung enthält.
- den Einsatz von KI-Unterstützung bei der Stadt strukturiert ausbauen und dabei sowohl die Belange der Mitarbeitenden wie auch der Bürgerinnen und Bürger im Blick behalten.
- ein KI-Kompetenzzentrum für die städtische Verwaltung einrichten.
- einen KI-Führerschein mit Schulungen für Mitarbeitende einführen.
- auch bei der Digitalisierung und dem Ausbau von online-Dienstleistungen der Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger, werden wir darauf achten, dass es auch weiterhin die Möglichkeit analoger Antragstellung sowie Unterstützung für diejenigen gibt, die digitale Angebote nicht nutzen können oder wollen.
- die Barrierefreiheit in der Verwaltung sicherstellen.
- die Digitalisierung sowohl der verwaltungsinternen Dienstleistungen wie auch der Angebote für Bürgerinnen und Bürger konsequent vorantreiben und die Rahmenstrategie Digitalisierung umsetzen und weiterentwickeln.
- die Verwaltung digitalisieren, um Ressourcen zu schonen und Kosten zu senken.
- Effizienzen heben durch Zentralisierung oder Bündelung von zentralen Aufgaben und Investitionen in die Digitalisierung der Arbeitsabläufe.
- die Umsetzung von Beschlüssen der Stadt transparenter machen, indem das parlamentarische Informationssystem (Parlis) bürgerfreundlich überarbeitet wird.
- die Plattformen für das Melden von Mängeln, Verstößen und für Bürgerbeteiligung weiterentwickeln und für externe Dienstleister öffnen.
- eine gesamtstädtische Data Excellence aufbauen. Wir werden deshalb die Bereiche Daten-Governance, Daten-Services und Daten-Management konsequent weiterentwickeln.
- eine integrierte Dateninfrastruktur, die Daten in einem Metadatenkatalog erfasst und Datenquellen, die über standardisierte Schnittstellen verbunden sind.
- Datenkultur und -Kompetenz etablieren: Data-Sharing Kultur ist selbstverständlich, Daten werden stadtweit geteilt.
- Schnittstellen zwischen den zentralen städtischen Datenplattformen (z.B. GDI/Geoportal, Mainziel, Urbane Datenplattform, Statistikportal) schaffen.
- wo möglich, städtische Daten sowie Daten von Akteuren im Stadtgebiet erfassen und öffentlich zugänglich zur Verfügung stellen.
- die digitale Souveränität stärken. Deshalb setzen wir bei städtischen IT-Anwendungen bevorzugt auf Open-Source Lösungen und bauen Abhängigkeiten zu proprietärer Software in den kommenden Jahren ab.
- klare Standards und verbindliche Richtlinien zur Nutzung europäischer Cloud-Services entwickeln.

- die IT-Sicherheit, sowohl in der Prävention als auch in der Reaktion auf Vorfälle, zentral gesteuert in allen Bereichen ausbauen. Dabei setzen wir auf KI-gestützte „predictive security“ sowie frühzeitige Bedrohungserkennung.
- die digitale Transformation fortsetzen, die durch das Transformation Office vorangetrieben wird für eine ganzheitliche Veränderung von Prozessen, Arbeitsweisen, Organisationskultur und Technik, zu der sich alle Dezernate bekennen.
- den Aufgabengliederungsplan anpassen, um neben technischen Lösungen auch die Modernisierung von Prozessen, Zuständigkeiten und Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung zu erreichen.
- eine gesamtstädtische IT-Strategie entwickeln.

## 7. Klimaschutz und Umwelt

Angesichts der Veränderungen durch den Klimawandel sind wir uns bewusst, dass Frankfurt seinen Teil dazu beitragen muss, dem Klimawandel zu begegnen sowie die Bedingungen für eine lebenswerte Stadt auch für nachfolgende Generationen zu bewahren. Das Ziel einer zeitnahen Klimaneutralität verfolgen wir daher konsequent. Kommunale Klima- und Umweltschutzpolitik äußert sich jedoch in konkreten Maßnahmen.

### Daher wollen wir

- die Investitionen in den Klimaschutz und die Klimawandelanpassung gezielt fortsetzen.
- die Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel ebenso fortsetzen wie die Anpassung der Stadt an das bereits veränderte Klima, das betrifft insbesondere die Fortsetzung der Dekarbonisierung bei Energie, Mobilität und Wärme, bei der Entsiegelung und Begrünung und beim Schutz der vorhandenen Grünräume.
- Frankfurt, auch wenn das Klima sich erhitzt, als lebenswerte Stadt erhalten.
- die kommunale Wärmeplanung konsequent umsetzen und die Nah- und Fernwärme ausbauen: Mit der Kommunalen Wärmeplanung schaffen wir Planungssicherheit für Bevölkerung und Unternehmen. Dafür stellen wir erhebliche Mittel für den Ausbau der Fernwärme und den Anschluss städtischer Liegenschaften, den Aufbau von Nahwärmenetzen und dekarbonisierte, dezentrale Lösungen sowie für die energetische Sanierung städtischer Liegenschaften bereit.
- die Umsetzung der Wärmeplanung transparent und möglichst partizipativ gestalten.
- die Energiewende auf eine breite Basis stellen: Geothermie, Solarthermie, Flusswärmepumpen sowie Abwärme aus Rechenzentren, Abwasser, Industrieanlagen, und U-Bahntunneln nutzen wir konsequent.
- die Anschlussquoten an die Fernwärme erhöhen – wo sinnvoll auch durch die Ausweisung von Satzungsgebieten. Wir fördern den Anschluss an die Fernwärme außerdem mit einem Förderprogramm für Hausanschlüsse.
- die Mainova anhalten, möglichst frühzeitig verbindliche Anschlussstermine an das Fernwärmenetz festzulegen.
- Energiewendevierviertel etablieren: Wir schaffen Pilotquartiere als Leuchtturmprojekte integrierter Infrastrukturlösungen.
- einen Gasnetztransformationsplan erarbeiten, um die schrittweise Stilllegung des Gasnetzes vorzubereiten und Planungs- und Kostensicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.
- die Wärmewende sozial gerecht umsetzen: Gemeinsam mit relevanten Akteuren entwickeln wir Mechanismen, um Härten abzufedern, und fördern besonders gemeinschaftliche Quartierslösungen für Nahwärmenetze.

- ein faires Klimageld prüfen, um einkommensschwache Haushalte – insbesondere Wohngeldbezieher – bei steigenden Strom- und Energiepreisen zu entlasten und klimafreundliches Verhalten zu belohnen.
- die energetische Sanierung städtischer Gebäude und deren fossilfreie Wärmeversorgung vorantreiben und diese als Modelle für klimaneutrale Wärmeversorgung in ganz Frankfurt nutzen.
- dass städtische Neubauten für einen energetisch klimaneutralen Betrieb gebaut werden.
- die Energieberatung für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen ausbauen, u.a. durch das Modell der „Energiekarawane“, regelmäßige Informationsveranstaltungen und die Einbindung von Handwerksbetrieben. Zudem wollen wir bestehende Beratungseinrichtungen bekannter machen.
- die Digitalisierung bei Mainova vorantreiben, insbesondere durch den Aufbau eines intelligenten Stromnetzes mit Echtzeitdaten, um Energieeffizienz und Netzstabilität zu erhöhen. Die Mitgliedschaft von Mainova im Verbund „Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft e.V.“ wird kritisch hinterfragt.
- einen Frankfurter Klimastadt-Vertrag erarbeiten. Gemeinsam mit Stadtgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft entwickeln wir konkrete Maßnahmen für Klimaneutralität und überwachen diese konsequent durch ein transparentes Klimaschutzcontrolling.
- moderne, sichere, barrierefreie und inklusive Spielplätze für alle Stadtteile gestalten. Dabei sollen das Element Wasser sowie Beschattung mitgedacht werden.
- am Klimabonus und Modernisierungsbonus festhalten und Begrünung, Solarenergie, innovative Bürgerprojekte mit Beratung, finanzieller Hilfe und Raum für Pioniere unterstützen.
- Akkus von Elektrobussen nach Ablauf ihrer Nutzungsdauer im Straßenverkehr im Zuge der Kreislaufwirtschaft mit ihrer Restkapazität als Stromspeicher in städtischen Gebäuden weiter nutzen.
- die städtischen Gebäude schneller und transparenter energetisch modernisieren, wozu auch die Ausstattung mit Photovoltaik-Anlagen, die Nutzung von Dach- und Fassadenbegrünung und gegebenenfalls Stromspeicher gehören.
- die Nutzung von Photovoltaik auf geeigneten Flächen vorantreiben und als Standard etablieren.
- Kleingartenanlagen fördern, sichern und neu ausweisen.
- für jedes neugeborene Kind einen Baum pflanzen.
- alle „Baum-Programme“ in Frankfurt fortschreiben und die „3-30-300“ Regel perspektivisch erreichen.
- den Hauptfriedhof sowie die Stadtteilmfriedhöfe als Orte würdiger Bestattungskultur und zur Erholung erhalten.
- vorhandene öffentliche Grünflächen besser und konsequenter pflegen, naturnahe Grünanlagen ausweiten und vermehrt Kleinstflächen als Trittsteinbiotope ausweisen und fördern.

- die Streuobstwiesen auf Frankfurter Gemarkung erhalten, ausbauen und, sofern in städtischem Besitz, verpachten und fachgerecht pflegen.
- den Grüngürtel konsequent sichern und punktuell, etwa durch die Gestaltung der Deutschherrnbrücke als grüne Verbindungsachse, erweitern.
- die Ausweitung neuer Klein- und Naturschutzgebiete unterstützen.
- uns für die stetige Verbesserung der Wasserqualität und eine Verbesserung der Biodiversität in den Frankfurter Flüssen und Bächen einsetzen. Unser Ziel ist, die Wasserqualität des Mains mittelfristig so zu verbessern, dass ein Flusswasserschwimmbad möglich wird. Die Nidda wollen wir naturnah umbauen, sodass sie bis 2031 auf dem Frankfurter Stadtgebiet wieder komplett fischdurchgängig wird.
- innerstädtische Gewässer freilegen, um das Mikroklima zu verbessern und Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu schaffen.
- den Uferschutz am Main stärken und Uferrandstreifen ökologischer bewirtschaften, um die Wasserqualität und die Biodiversität zu erhöhen.
- die Eigenproduktion von Trinkwasser durch Ausweitung der Mainwasserversickerung im Stadtwald, wie im Wasserkonzept vorgesehen, erhöhen.
- das Prinzip der Schwammstadt flächendeckend umsetzen, indem Regenwasser vorrangig versickert, zurückgehalten und genutzt wird – sowohl in neuen Quartieren als auch bei der Sanierung bestehender Straßen und Plätze.
- den Schutz vor Starkregen und Hochwasser durch zusätzliche und multifunktionale Retentionsflächen im Stadtgebiet und an den Oberläufen der Gewässer deutlich verbessern.
- weitere Mulden und Gräben im Wald zur Versickerung anlegen, um den Wasserrückhalt in der Landschaft zu verbessern.
- ein bürokratiearmes Förderprogramm zum technischen Überflutungsschutz von Immobilien auflegen und das Beratungsangebot ausbauen.
- gezielt auf Hitzewellen reagieren, indem wir weitere schattige und begrünte Abkühlzonen, öffentliche Wasserspender und Sprühnebelssysteme in besonders betroffenen Stadtbereichen schaffen.
- in Neubaugebieten Brauchwassersysteme implementieren, um weniger Trinkwasser zu verbrauchen.
- ungenutzte Flächen entsiegeln und renaturieren, einen verbindlichen Grünflächenanteil pro Einwohner einhalten und dies transparent in der urbanen Datenplattform darstellen.
- eine verbindliche Kompensationsstrategie entwickeln.
- den Einsatz von Mährobotern nachts verbieten.
- für eine Reihe schützenswerter Tierarten Brut- und Nistplätze in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und dem Naturschutzbeirat errichten und betreuen.
- ein Programm zum Schutz der Wildbienen, Insekten und Fledermäusen auflegen.

- die Anstrengungen zum Schutz der letzten Feldhamster ausweiten und mit Biotopschutzmaßnahmen zur Förderung auch anderer Tierarten kombinieren.
- das Arten- und Biotopschutzkonzept weiter konsequent umsetzen.
- den Frankfurter Stadtwald weiterhin FSC-zertifizieren lassen.
- einen forstwirtschaftlich fundierten, naturnahen Umgang mit dem Frankfurter Stadtwald voranbringen, der die unterschiedlichen Funktionen wie Naherholung, Artenvielfalt sowie Biodiversität und Klimafunktion in Einklang bringt.
- die Gründung weiterer Bürgerenergiegenossenschaften unterstützen.
- landwirtschaftliche Flächen zukünftig stärker auch unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten verpachten.
- keine gentechnisch veränderten Pflanzen sowie keine schädlichen Pflanzenschutzmittel auf kommunalen Flächen zulassen.
- die Landwirtschaft für Agroforst-Projekte sensibilisieren.
- die Lichtverschmutzung unter Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte im Stadtgebiet minimieren.
- die Umsetzbarkeit eines urbanen Waldgartens prüfen.
- Jugend- und Stadtfarmen unterstützen.
- die sogenannte „vierte Reinigungsstufe“ bei Kläranlagen zur Verbesserung der Wasserfiltrierung vorantreiben.
- Pilotprojekte zur Flächenpflege durch Beweidung ins Leben rufen, wo dies ökologisch sinnvoll ist.
- die Bevölkerung besser vor Fluglärm und Schadstoffen schützen, ohne die Bedeutung des Flughafens zu schmälern. Durch konsequente Unterstützung des Schienenfernverkehrs reduzieren wir vermeidbare Kurzstreckenflüge, zudem setzen wir uns für ein strenges Einhalten der bestehenden Nachtflugbeschränkung von 23 bis 5 Uhr sowie empfindliche Strafen bei Verstößen ein. Wir unterstützen die Bemühungen von Fraport und halten diese weiter an, Flugbewegungen in den Nachtrandstunden durch eine Entgeltspreizung zu reduzieren.
- die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zum aktiven Schallschutz vorantreiben, um die Belastung für Anwohnerinnen und Anwohner zu reduzieren.
- die Belastung durch Feinstaub und Ultrafeinstaub am Flughafen und in dessen Umfeld reduzieren, u.a. durch strengere Kontrollen, moderne Filtertechnologien und die Förderung emissionsarmer Antriebe.
- die Novellierung des Fluglärmschutzgesetzes und des Luftverkehrsgesetzes unterstützen.
- die Etablierung eines „House of Food“ in Frankfurt unterstützen, um Ernährungsbildung zentral zu ermöglichen.
- in städtischen Kantinen, Cafeterien, Imbissen und Empfängen bevorzugt regionale, saisonale und pflanzenbasierte Produkte, sofern verfügbar, bei der Essenszubereitung einsetzen.

- eine zentrale Koordinierungsstelle für das Thema „Öffentliche Versorgung und Ernährung“ schaffen.
- Eine auf Gesundheit und Klimafreundlichkeit ausgerichtete Ernährungsstrategie für die öffentliche Versorgung mit relevanten Akteuren der Produktion, Zubereitung und Organisation entwickeln.
- niederschwellige und kostengünstige Essensangebote über das gesamte Stadtgebiet prüfen und hierfür mit relevanten Akteuren ein Konzept entwickeln. Dabei sollen bereits bestehende Angebote eingebunden werden.
- Akteure des lokalen Anbaus besser miteinander vernetzen und sichtbar machen.
- prüfen, inwiefern bei öffentlichen Veranstaltungen in Frankfurt künftig kostenloses Trinkwasser zur Verfügung gestellt werden kann.
- ein Monitoring zur Erfassung von Lebensmittelabfällen in städtischen Liegenschaften einführen und die Daten als Grundlage zu gezielten Reduktionsmaßnahmen nutzen.

## 8. Bürger, Ehrenamt und Vereine

Frankfurt lebt vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Ehrenamtlich Engagierte, Vereine, Initiativen und Beteiligungsgremien tragen wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zum demokratischen Miteinander in unserer Stadt bei. Unser Ziel ist es, Ehrenamt, Vereine und bürgerschaftliches Engagement zu stärken, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen und Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen. Die Vielfalt Frankfurts und seine Internationalität sind eine Stärke, die sich auch im Ehrenamt, in den Vereinen und im bürgerschaftlichen Engagement widerspiegeln soll. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, körperlichen und geistigen Fähigkeiten, Religion, sexueller Orientierung oder sozioökonomischem Status die Möglichkeit haben, sich einzubringen, mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen.

### Daher wollen wir

- ein zentrales hauptamtliches „Kompetenzzentrum für Ehrenamt und Vereine“ schaffen und dauerhaft mit den erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen ausstatten. Es soll als zentrale Anlaufstelle Vereine und ehrenamtlich Engagierte bei Fragen der Verwaltung, Finanzierung, Qualifizierung, Vernetzung, Veranstaltungsorganisation sowie bei Förderanträgen und Sicherheitskonzepten unterstützen.
- die Vermittlung von bürgerschaftlichem Engagement ausbauen und digitale Beratungsangebote stärken.
- den Katalog der Vergünstigungen bzw. Leistungen bei der Ehrenamtskarte erweitern und vielfältiger ausgestalten.
- Unternehmen und Arbeitgeber dabei unterstützen, ehrenamtliches Engagement ihrer Mitarbeiter zu fördern. Die Stadt Frankfurt soll dabei als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel vorgehen und selbst gute Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement schaffen.
- eine Auszeichnung für Unternehmen und Arbeitgeber einführen, die ehrenamtliches Engagement bei Mitarbeitern fördern.
- Vereinen und Veranstaltern ehrenamtlich organisierter bzw. nicht-gewinnorientierten Veranstaltungen verlässliche Planungssicherheit geben. Dafür wollen wir verbindliche Bearbeitungsfristen festlegen und die Möglichkeit einer Genehmigungsfiktion für geeignete Veranstaltungsformate (bspw. Stadtteilstädte, Nachbarschaftsfeste, wiederkehrende Veranstaltungen) prüfen.
- die Organisation von ehrenamtlich organisierten bzw. nicht-gewinnorientierter Veranstaltungen erleichtern und Genehmigungsverfahren unbürokratischer gestalten – von der Beantragung bis zum Bewerben im öffentlichen Raum.
- die SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH als wichtige Einrichtung für die Vermietung von Räumlichkeiten an Vereine stärken.
- die Perspektive des Ehrenamts in den Gremien der SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH stärken und Möglichkeiten einer institutionellen Beteiligung des Ehrenamts prüfen. Hierzu

wollen wir einen regelmäßigen Austausch zwischen Aufsichtsrat, „Kompetenzzentrum für Ehrenamt und Vereine“ und dem Vertreter eines Dachverbands etablieren.

- ein zeitgemäßes und benutzerfreundliches elektronisches Buchungssystem bei der SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH einrichten.
- Leerstehende oder zeitweise ungenutzte städtische Räume und Gebäude ermitteln und verstärkt für soziale, kulturelle, sportliche und ehrenamtliche Mehrfach- und Zwischennutzungen öffnen.
- gemeinnützige Vereine bei der dauerhaften Vergabe und Anmietung von Gewerberäumen der ABG Frankfurt Holding sowie anderer städtischer Wohnungsbaugesellschaften priorisieren – auch durch die Anpassung bestehender Vergabe- und Nutzungsvorgaben.
- Schulhöfe außerhalb der Unterrichtszeiten stärker für Vereine und Initiativen öffnen.
- das Ortsbeiratsbudget wieder auf einen Euro pro Einwohner anheben.
- die Rechte der Ortsbeiräte, der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) und des Seniorenbeirats stärken, Fristen einhalten und zugesagte Beschlüsse zeitnah umsetzen.
- die KAV finanziell stärken und mit ausreichenden Ressourcen ausstatten, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen, ihre Arbeit bekannter machen und die Beteiligung der Wahlberechtigten fördern kann.
- gemeinsam mit der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung einen Prozess zur zeitgemäßen Namensfindung für das Gremium initiieren.
- die Arbeit des Jugendparlaments dauerhaft absichern und hierfür die notwendigen finanziellen, organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen schaffen.
- kommunalpolitisches Engagement attraktiver gestalten und die Vereinbarkeit von Mandat, Beruf, Familie und Pflege verbessern. Dafür wollen wir Kinderbetreuungsmöglichkeiten, kürzere Plenarsitzungen und die hybride Sitzungsteilnahme ermöglichen.
- die politische Teilhabe für alle stärken und darauf hinwirken, dass Sitzungen kommunaler Gremien möglichst in barrierefreien Räumen stattfinden.
- die Entschädigungssatzung für ehrenamtlich Tätige mit Blick auf die kommunalen Mandats- und Beteiligungsstrukturen reformieren. Ziel ist ein transparentes, dynamisiertes und zeitgemäßes Modell, das Verantwortung, Zeitaufwand und Anforderungen angemessen abbildet und kommunalpolitisches Engagement wertschätzend, gerecht und inklusiv unterstützt.
- gemeinsam mit den Ortsbeiräten niedrigschwellige Begegnungsorte und nachbarschaftliche Konzepte wie die „Bammel-Bank“ oder „Friedhofscafés“ fördern.
- die Einführung von „Orten der Demokratie“ als dezentrale dauerhafte Anlaufstellen für Bürgerbeteiligung, ehrenamtliches Engagement und demokratischen Austausch in den Stadtteilen prüfen.

## 9. Kultur, Wissenschaft und Sport

Kultur und Wissenschaft sind für Frankfurt am Main von großer Bedeutung, weil sie die Stadt als internationalen Bildungs-, Forschungs- und Kulturstandort stärken. Menschen leben und erleben Musik, Schauspiel, Film, Tanz und viele andere Formen der Kunst und können gesellschaftliche Themen reflektieren. Sie fördern Kreativität, kulturelle Bildung und den Austausch zwischen verschiedenen Generationen und Gemeinschaften.

### Daher wollen wir

- für eine zuverlässige finanzielle Förderung und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kunst- und Kulturschaffende sorgen, um die Vielfalt unserer Kulturszene zu erhalten.
- Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft im Kulturbetrieb etablieren, um Kosten zu sparen und die Umwelt zu schonen.
- eine interaktive Stadtkarte entwickeln, die mit dem Geoportal und der Frankfurt-History-App verbunden ist, um die Geschichte der Stadt auch digital zugänglich zu machen.
- die Kompetenz zur Beratung zu städtischen und außerstädtischen Fördermöglichkeiten für Kunst- und Kulturschaffenden im Kulturamt ausbauen.
- die getroffenen Beschlüsse zum Bühnenneubau umsetzen, in dem wir
- die Aufführungsbauten der Kulturmeile mittels effizienter Planung, Architektenwettbewerben und den Bau des Interimsstandortes sowie des Lager- und Logistikzentrums forcieren.
- ein Konzept zur Finanzierung von Planung und Bau vorlegen.
- energiebezogene und nachhaltige Aspekte beim Bau berücksichtigen und Klimaneutralität des Gesamtprojekts anstreben.
- eine finanzielle Beteiligung des Landes an den Projektkosten anstreben.
- Oper und Schauspiel als öffentlich zugängliche Häuser konzipieren.
- den Betrieb der Städtischen Bühnen auskömmlich und langfristig finanzieren.
- den Städtischen Bühnen die benötigten Planungssicherheit geben.
- für einen angemessenen Ausgleich von Kostensteigerungen vor allem bei Tarifabschlüssen sorgen.
- den städtischen Zuschuss entsprechend der Mittelfristplanung der Alten Oper für das Jahr 2027 durch eine einmalige Erhöhung anpassen.
- den Sound Port Frankfurt als dauerhaften Standort für Ensemble Modern, Deutsche Ensemble Akademie e.V. und Junge Deutsche Philharmonie etablieren: Die Crespo Foundation saniert das Haus auf eigene Kosten und die Stadt Frankfurt am Main übernimmt dann die Liegenschaft und stellt das Haus dauerhaft für die Institute zur Verfügung.

- Räume für (freie) Kunst und Kultur sichern, den Zugang zu kultureller Bildung ohne Barrieren ermöglichen und Frankfurt als Standort der Kultur- und Kreativwirtschaft attraktiver gestalten.
- den Standort „Netzwerk Seilerei“ erhalten und weiterentwickeln.
- die Zuschüsse der Heussenstamm-Stiftung erhöhen und verstetigen.
- dem DFDC und dem Frankfurt LAB im Einvernehmen mit dem Land eine Zukunft bieten.
- die in der Kommunikationsfabrik in der Schmidtstraße 12 ansässigen Kulturinitiativen bei der Nutzung unterstützen.
- das Potential von Zwischennutzungen noch stärker nutzen und bezahlbare Proberäume und Ateliers als Arbeitsgrundlage für Kulturschaffende erhalten bzw. schaffen.
- neue und bestehende Initiativen bei der Suche nach einem geeigneten Gebäude für ein gemeinschaftliches Materiallager unterstützen, um ressourcenschonend und nachhaltig arbeiten zu können.
- die Realisierung des Zentraldepots vorantreiben.
- den Zoo Frankfurt weiterentwickeln, indem wir das 3-Säulen-Konzept umsetzen:
- Sanierung des Zoogesellschaftshauses mit Einrichtung eines Kinder- und Jugendtheaters und der Zooschule.
- Umsetzung des Zoo-Masterplans.
- Errichtung des Artenschutz-Zentrums Frankfurt Conservation Center.
- das Kinder- und Jugendprogramm „Pegasus“ in eine eigenständige Haushaltsposition überführen und den Zuschuss erhöhen.
- das Künstler\*innenhaus Mousonturm als Bühne mit Modellcharakter und wichtiges Bindeglied zur Freien Szene stärken und eine Erhöhung der institutionellen Förderung anstreben.
- die Kosten für die Stelle „Kordinatorin, Barrierefreiheit und inklusive Kulturpraxis“ im Künstler\*innenhaus Mousonturm verstetigen.
- die Planungen für das Kinder- und Jugendtheater im Zoogesellschaftshaus kostenbewusst vorantreiben und zügig die Sanierung umsetzen.
- die Zuschüsse für das Papageno-Musiktheater erhöhen.
- die freien Kinder- und Jugendtheater im Stadtgebiet weiter fördern.
- den Spielbetrieb des English Theatre Frankfurt weiter fördern und langfristig absichern.
- die Zuschüsse für die Volksbühne im Großen Hirschgraben erhöhen.
- die Durchführung des Festivals Barock am Main dauerhaft absichern.
- den Mietvertrag der ABG mit der Volksbühne neu verhandeln und den Bedürfnissen des Theaterbetriebs anzupassen.

- die Gastronomie in den Goethehöfen zügig im Benehmen mit der Volksbühne und dem angrenzenden Goethehaus neu ordnen.
- das Theater in der Engelsburg in die institutionelle Förderung aufnehmen.
- die institutionelle Förderung des Neuen Theater Höchst erhöhen.
- die freie Szene erhalten und nachhaltig fördern. Dazu werden wir die Produktionsfördermittel erhöhen und die Budgets der freien Institutionen (Häuser, Gruppen) anheben. Außerdem streben wir an, die soziale Situation der Künstlerinnen und Künstler spürbar zu verbessern.
- einen Fördertopf einrichten, aus dem die Freie Szene finanzielle Mittel für Investitionen beantragen können.
- zusammen mit dem Land die Förderung des Städtels ausbauen.
- zusammen mit dem Land die Förderung des DFF erhöhen.
- den Zuschuss für das Literaturhaus auskömmlich erhöhen, damit dies seine überaus qualitätsvollen Angebote auch in Zukunft in bisherigem Umfang fortführen kann.
- den Zuschuss für das Filmhaus Frankfurt erhöhen und verstetigen.
- bei positivem Prüfergebnis das Stoltzemuseum in eine städtische Trägerschaft überführen.
- das Archäologischen Museums weiter stärken, indem der Ausbau der Präsentations- und Bildungsstätte NIDA-Heddernheim, die stärkere Nutzung der Kaiserpfalz Franconofurd als touristischer Anziehungspunkt z.B. durch Erweiterung der Öffnungszeiten und die Entwicklung des Fischergewölbes zu einem historischen Anziehungspunkt vorangetrieben wird.
- Frankfurt als Literatur- und Buchmessestadt stärken, z.B. durch den Ausbau von Kooperationen der Stadt Frankfurt mit der Buchmesse.
- das Caricatura Museum zu einem eigenständigen Amt mit eigener Direktion machen.
- eine angemessene Präsentation für den Lorient-Nachlass schaffen.
- die Erinnerungskultur in den Stadtteilen stärken, indem wir:
- Erinnerungskultur und historisch-politische Bildung ausbauen und fördern.
- das Institut für Stadtgeschichte in seiner Funktion als Archiv und Ort historisch-politischer Bildung stärken und weiterentwickeln (u.a. durch einen Haushaltstitel für die Frankfurter Historische Kommission, der die bisherige Förderungspraxis absichert; und durch die satzungsgemäße Zusammenarbeit mit anderen Kultur- und Bildungseinrichtungen der städtischen Zivilgesellschaft wie beispielsweise der Gesellschaft für Frankfurter Geschichte e.V. und dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 e.V. sowie mit Forschungseinrichtungen wie der Goethe-Universität und dem Fritz Bauer Institut).
- unsere Museen bei der Provenienzforschung und der Aufarbeitung der Bestände an NS-Raubkunst unterstützen. Die Museen sollen auch die Geschichte der Objekte aus kolonialen Kontexten kritisch aufarbeiten. Das gilt einschließlich der noch in der Nachkriegszeit erworbenen oder verkauften Kunstwerke und Artefakte.

- den 200. Todestag Goethes 2032 als herausragendes Jubiläum und als europäisches Ereignis in Zusammenarbeit mit den Goethe-Städten Weimar, Leipzig, Straßburg und Rom und in enger Abstimmung mit dem Bund begleiten. Die bereits vorhandenen Strukturen werden dabei unterstützt.
- das freie Deutsche Hochstift unterstützen, das Goethehaus zu sanieren und den städtischen Anteil im Zusammenspiel mit Bund, Land und freiem Deutschen Hochstift zu sichern.
- das Petrihaus in städtische Trägerschaft überführen, ein Veranstaltungsprogramm entwickeln und den „Goethetempel“ sanieren.
- Zukunftsperspektiven für die u.a. kulturelle Nutzung des Heddernheimer Schlosses entwickeln.
- eine dauerhafte kulturelle Nutzung des Gewölbekellers „Goldener Apfel“ in der ehemaligen Judengasse sicherstellen.
- die Filmfestivalkultur stärken und uns für ein Film- und Festivalhaus in Frankfurt einsetzen. Dafür muss die Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2021 überarbeitet werden und die Standortsuche weitergehen.
- Frankfurt als Filmstandort stärken. So werden wir beispielsweise die Genehmigungsprozesse für Film- und Fernsehdreharbeiten verschlanken und die Koordination zwischen den Filmschaffenden und den beteiligten Ämtern, städtischen Gesellschaften und Dezernaten verbessern.
- die Clubkultur fördern.
- die Populärmusikszene bei der Suche nach geeigneten Räumen sowie bei der Instandhaltung und dem barrierefreien Umbau bestehender Räume (z. B. in den städtischen Musikbunkern) unterstützen.
- die Förderung des Bridges Kammerorchesters und der Philharmonie der Sinti und Roma erhöhen und verstetigen. Diese Orchester werden wir zudem auf der Suche nach neuen Proberäumen unterstützen.
- Kunst und Kultur im öffentlichen Raum, wie z.B. die Sommerwerft, Stoffel und das Festival "Holidays" von Jazz Montez, stärker fördern und weitere Orte, an denen Kulturveranstaltungen möglich sind, erschließen.
- im Frankfurter Westen die kulturelle Landschaft und die kulturellen Angebote stärker sichtbar machen.
- die Saalbauten stärker für die Bürgerinnen und Bürger öffnen.
- ein Gesamtkonzept für die Neugestaltung / Aufwertung des Reich-Ranicki-Platzes entwickeln, in enger Abstimmung mit dem Ortsbeirat und den beteiligten Ämtern.
- ein Sofortprogramm „Brunnensanierung“ auflegen.
- Brunnen sanieren und als soziale Treffpunkte in den Stadtteilen etablieren.
- den Frankfurter Fastnachtzug und den Umzug in Klau Paris finanziell absichern.

- das Kultur- und Freizeitticket (Kufti) weiterführen.
- Angebote für Seniorinnen und Senioren verstärken z. B. durch einen Museumstag für alle ab 65 Jahre.
- Barrierefreiheit im Kulturbereich baulich weiterhin fördern. Barrierefreiheit wird sowohl bei Sanierungen als auch bei Neubauten zur Auflage.
- die Jugendkunstschule „Atelier 1318“ ausbauen und fördern.
- kulturelle Bildung und Vermittlung in städtischen Museen und Institutionen weiter stärken.
- die Kooperation zwischen den zuständigen Dezernaten weiter ausbauen.
- den Wissenschaftsstandort sichtbar machen.
- Möglichkeiten prüfen, einen Kulturbeirat einzurichten, der die Stadt zu übergeordneten Themen der Kulturentwicklung beraten könnte.
- Beratung zu Förderprogrammen ausbauen.
- Institutionelle Förderungen verstetigen und transparenter gestalten.
- das Bismarck-Denkmal in Höchst instand setzen, mit einer entsprechenden historischen Kontextualisierung wieder aufstellen und durch eine künstlerische Intervention ergänzen, die die Ambivalenz der Person Bismarcks für Frankfurt herausstellt. Dabei werden die Ergebnisse des Dialogprozesses berücksichtigt.

## **Sport**

Frankfurt ist eine Sportstadt und soll es bleiben – gestärkt und ausgebaut. Sport als wichtige Säule unserer Demokratie verbindet Menschen, stärkt Gesundheit, Integration, gesellschaftlichen Zusammenhalt und schafft Lebensqualität. Wir bekennen uns gleichermaßen zum Breiten-, Vereins- und Spitzensport. Unser Ziel ist es, Sport für alle Frankfurterinnen und Frankfurter zugänglich zu machen, chancengleich und barrierefrei – unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, Religion, Identität oder Einkommen. Unsere Stadt ist so vielfältig wie ihre Menschen und Sport ist für alle da.

### **Daher wollen wir**

- den Pro-Kopf-Zuschuss nach den Sportförderrichtlinien für jedes jugendliche Mitglied eines Sportvereins erhöhen.
- die Sportstättenvergabe des Sportamts digitalisieren, um die Serviceleistung für die Vereine und Bürgerschaft zu verbessern und transparent zu gestalten.
- die geplante Multifunktionsarena am Waldstadion auf P9 als wettbewerbsfähigen Veranstaltungs- und Sportstandort mit einem entsprechen Mobilitätskonzept in dieser Wahlperiode realisieren. Für die Frankfurt Skyliners und die Löwen Frankfurt ist die neue Arena von elementarer Bedeutung.

- den Eissport in Frankfurt sichern, die Eisporthalle erhalten und uns langfristig für den Bau eines Eissportzentrums für Jugend- und Amateureissport einsetzen.
- für Rollstuhlbasketball, Frauen-, Jugend- und 3x3-Formate die Ballsporthalle erhalten und ertüchtigen und perspektivisch zu einem Basketball-Nachwuchsleistungszentrum ausbauen.
- Sportanlagen und Sporthallen ausbauen und modernisieren und wo möglich für eine niederschwellige, vereinsungebundene Nutzung zur Verfügung zu stellen.
- den Sportentwicklungsplan fortschreiben und umsetzen.
- die bereits in Planung befindlichen Bauvorhaben vorantreiben und umsetzen. Insbesondere: Sportanlage Ostpark, Sportanlage der TSG Niederrad, Sportanlage Sondershausen, Sportanlage Dornbusch, Sportanlage Riedberg II, Ersatzsportanlage Mainwasen/Kaiserlei, Rangenbergstraße und Nordpark Bonames.
- marode Sportstätten sanieren und ertüchtigen. Insbesondere die Sportanlage Beckerwiese, Sportanlage SG Bornheim, Sportanlage Pfortenstraße.
- zur Erreichung der hier beschriebenen Ziele die Finanzierung des Sportamtes und der Sportförderung langfristig sicherstellen und stärken.
- die Verträge der betreuenden Vereine verlängern und die Aufwendung für den Unterhalt an die gestiegenen Kosten anpassen.
- bestehende dezentrale Sport- und Bewegungsmöglichkeiten (wie Streetball-/Volleyball-Courts, Parks für Calisthenics oder DiscGolf, Fitness-Anlagen, Trimm-Dich-Pfade, Parcours und Skateparks) erhalten weiterentwickeln. Ebenso die Licht- und Luftbäder.
- allen Menschen in Frankfurt einen barrierefreien Zugang zu Sport- und Begegnungsangeboten ermöglichen und diese bekannt machen, z.B. auf [www.frankfurt.de](http://www.frankfurt.de), sowie weiteren Plattformen und Medien.
- ein Programm "Stadt in Bewegung" auflegen, das stadtteilbezogen neue attraktive Sport und Bewegungsflächen für alle wohnortnah im öffentlichen Raum schaffen.
- den Vereinen mit eigenen Sportanlagen beim Energiesparen helfen, indem das Energiereferat die Vereine dabei mit konkreten Vorschlägen unterstützen. Die finanzielle Förderung wird angepasst.
- Energiesparende und insektenfreundliche Flutlichtanlagen auf Sportanlagen bauen, um eine längere Nutzung in den Abendstunden und im Winter zu ermöglichen.
- neue Schulturnhallen möglichst als 3-Feld-Halle planen, um diese auch dem Vereinssport zur Verfügung zu stellen.
- in Schulen mit passenden Bedingungen prüfen, ob in den Ferien die Öffnung für Vereine möglich ist.
- die Sanierung der Schulschwimmbäder endlich ausführen und diese für Vereine und Schwimmkurse öffnen.
- die technische Sanierung des Stadionbades mit Installation einer Wintertraglufthalle vorantreiben.

- bei Bedarf weitere Freibäder mit Traglufthallen für die ganzjährige Nutzung ausrüsten.
- uns für mehr Wasserflächen, mehr Schwimmlernbecken und weitere Kooperationen für die Seepferdchen Kampagne sowie weitere Schwimmkurse einsetzen.
- den langfristigen Betrieb des Gartenbads Fechenheim sichern.
- Aktionen wie das Mädchenfußballprojekt GRLS WNTD unterstützen und erweitern, um dadurch Mädchen und Frauen für den Sport zu begeistern.
- die Qualifizierungsoffensive im Frankfurter Vereinssport für Trainerinnen und Trainer zusammen mit dem Sportkreis Frankfurt fortführen.
- die Arbeit der Sportjugend Frankfurt zum Schutz des Kindeswohls in Sportvereinen dauerhaft sichern und die bestehende Prävention und Beratung im Bereich Kindeswohl verstetigen.
- insbesondere Projekte fördern, die sich mit Save Sport, Kinder und Jugendarbeit und Integration (wie z.B. Sport-Coaches) engagieren, sowie ein Beitrag gegen jegliche Form von Diskriminierung und psychisch/physische Gewalt leisten.
- in der Satzung für Sportplätze Platz- und Betretungsverbote anpassen, dass bei Verstößen gegen das faire Miteinander und Gewalt angemessen reagiert werden kann, sowie verstärkt für die „Frankfurter Erklärung“ werben.
- die Otto-Fleck-Schneise als „Sportcampus Deutschland“ weiterentwickeln. Ziel ist die Stärkung des Standorts als nationales Zentrum des Spitzen-, Breiten- und Nachwuchssports, sowie als Sitz bedeutender Sportinstitutionen.
- die Bundesstützpunkte in Frankfurt erhalten.
- für mehr Leichtathletik-Angebote die Sportanlage Hahnstraße erweitern und modernisieren.
- die Leichtathletikhalle im Sport- und Freizeitzentrum Kalbach ertüchtigen.
- die Sportanlage Goldstein für die Eliteschule des Sports ertüchtigen.
- die Stadt Frankfurt als Ausrichtungsort für sportliche Großveranstaltungen sichern und noch attraktiver machen und dabei sicherstellen, dass Kriterien der Nachhaltigkeit und Inklusion gewährleistet sind.
- die Initiative des DOSB, Olympische Spiele nach Deutschland zu holen, gemeinsam mit der Rhein-Main-Region aktiv unterstützen.

## 10. Frauen, Gleichstellung, Diversität, Integration, Demokratie und Europa

Frankfurt ist eine vielfältige, internationale und demokratische Stadt, in der Menschen unabhängig von Alter, Nationalität, Geschlecht, körperlicher und geistiger Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung, sexueller Orientierung, sozialer Herkunft frei und selbstbestimmt leben können. Diese Vielfalt ist unsere DNA und damit Stärke und Auftrag zugleich: Wir schützen sie vor Ausgrenzung, Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Queerfeindlichkeit, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und jeder Form von Extremismus. Wir stärken Gleichstellung konkret, damit Frauen und Mädchen sicher leben, gleichberechtigt teilhaben und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit ausbauen können. Ankommen, Sprache, Beratung, Arbeit, Beteiligung und demokratische Bildung denken wir zusammen und entwickeln die dafür notwendigen Strukturen weiter. Mit einer starken Zivilgesellschaft, der Paulskirche, dem Haus der Demokratie und Frankfurt als Europastadt machen wir sichtbar, dass Demokratie, Zusammenhalt und Menschenwürde das Fundament unseres Handelns sind.

### Daher wollen wir

- gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Extremismus kämpfen.
- den Frankfurter Aktionsplan LSBTIQA\* konsequent umsetzen.
- die Arbeit des Frankfurt Welcome & Information Center, insbesondere bei den Themen Demokratiebildung, Extremismusprävention und Familienzusammenführung, insoweit weiter stärken.
- Demokratie und Teilhabe stärken der (Weiter-)Entwicklung der bestehenden Aktionspläne gegen (antimuslimischen) Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Queerfeindlichkeit und Antiziganismus.
- Gleichberechtigung als ständigen Auftrag unseres Grundgesetzes verstehen.
- die Umsetzung der Istanbul-Konvention, den Schutz von Frauen vor Gewalt und eine Stadt, in der sich auch Frauen überall sicher bewegen können, sowie die Sicherung sexueller Selbstbestimmung und die Stärkung ökonomischer Unabhängigkeit in diesem Bereich als unsere Kernziele verfolgen.
- Frauen besser vor Gewalt schützen, indem wir u.a. die Kapazitäten der Frankfurter Frauenhäuser ausbauen. und die Anmietung von Wohnungen mit Notbetten für junge volljährige Frauen weiter fördern.
- barrierefreie Schutzplätze in Frauenhäusern sowie spezifische Schutzangebote für besonders gefährdete Gruppen ausbauen.
- uns konsequent gegen Antisemitismus einsetzen: Jüdisches Leben gehört zu Frankfurt und muss sichtbar, sicher und selbstbestimmt überall in der Stadt möglich sein.
- die Stabsstelle Antidiskriminierung insbesondere zur Umsetzung des Aktionsplans und der Kampagne gegen Antisemitismus stärken.

- die Aktionspläne gegen Antisemitismus und Antirassismus mit Schulen, zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Community-Vertreterinnen umsetzen und weiterentwickeln sowie Fortbildungen anbieten.
- die Zusammenarbeit mit Meldestellen bei Diskriminierung intensivieren.
- den Frankfurter Christopher-Street-Day als gesellschaftliche Institution unserer Stadt weiter stärken.
- die Sicherheit von LSBTIQ\* verbessern, und zwar über das "Bermudadreieck" (Schäfergasse, Alte Gasse, Bleichstraße) hinaus. Dabei sehen wir Polizei und Ordnungskräfte als Partner der LSBTIQ-Community.
- Bars, Cafés und andere Lokale der queeren Community erhalten und Projekte mit LSBTIQ-Akteuren fördern.
- ein eigenes Schutzhaus für queere Menschen schaffen, die psychosoziale „Broken-Rainbow“-Beratung sichern und ein Regenbogenfamilienzentrum vorantreiben.
- queere Treffpunkte und Beratungsangebote für Kinder unter 14 Jahren, ihre Eltern und ihre Familienangehörigen schaffen – mit pädagogischer Begleitung, Peer-Beratung und niedrigschwelligen Zugängen.
- gezielte Sportangebote für queere Jugendliche in Zusammenarbeit mit Sportvereinen und Verbänden fördern.
- die religiöse Vielfalt in unserer Stadt sichtbar machen, den interreligiösen Dialog mit allen religiösen und säkularen Gemeinschaften stärken und uns gegen religiösen Extremismus einsetzen.
- bei der Würdigung bzw. Förderung der religiösen Vielfalt in unserer Stadt transparent und nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung vorgehen, z.B. durch einen Fördertopf zur Abbildung religiöser Feste mit Außenwirkung.
- das Frankfurt Immigration Office (FIO) zu einem modernen Einwanderungsamt weiter entwickeln und das Amt personell stärken.
- das FIO und FWIC eng verzahnen und so Aufenthalt, Ankommen und Integration als zentrale Teilhabe- und Standortaufgabe verstehen und die Verfahren verständlicher, transparenter, schneller und digitaler machen.
- eine zentrale Rolle der VHS beim Ankommen, Integration und Demokratiebildung. Gemeinsam mit weiteren öffentlichen Stellen wird sie verbindlich eingebunden und eng verzahnt.
- im Zuge des Welcome-Prozesses die genaue organisatorische Ausgestaltung eines ganzheitlichen Willkommensprozesses erarbeiten um Qualifizierung, Begleitung und Verwaltungsschritte aufeinander abzustimmen.
- das Personal im FIO in interkultureller Kompetenz und Traumasensibilität schulen.
- die Fortführung bestehender Projekte im FWIC verstetigen, um eine aufenthaltsrechtliche Beratung nach Wiesbadener Modell und den Migrationsberatungsstellen erweitern.

- die Angebote in den Ankommensstrukturen für junge Geflüchtete, inkl. Beratung und Schutz sowie den Ausbau von jugendgerechten Sprachkursen voranbringen sowie deren Kinderrechte stärken.
- einen Sprach- und Teilhabepakt einrichten, der kommunale Mittel mit Drittmitteln bündelt und EU-Fördermittel abrufen um ein kommunales Stipendienprogramm (200 Std./Teilnehmende) zu ermöglichen.
- eine kommunale Arbeitsmarktoffensive für Geflüchtete, EU-Bürgerinnen und Drittstaatsbürgerinnen starten.
- dem Fachkräftemangel durch Anwerbungen im Ausland begegnen, etwa durch jährliche Kontingente und Projekte, die Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen bzw. Seiteneinsteiger auf die Arbeit vorbereiten.
- uns gemeinsam mit der IHK und anderen Partnern für die einfachere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und einschlägiger Berufserfahrung einsetzen, um den Fachkräftemangel zu mildern.
- prüfen, wie verhindert werden kann, dass Menschen aus Frankfurter Bildungseinrichtungen heraus abgeschoben werden.
- eine Erhöhung des AmkA-Projektförderbudgets.
- Informationen zu anstehenden Kommunal- und Europawahlen in mehreren Sprachen und leichter Sprache zur Verfügung stellen.
- Informelle Beteiligungsformate sowie dezentrale und aufsuchende Initiativen für Demokratie und Teilhabe unterstützen.
- die Richtlinie Öffentlichkeitsbeteiligung weiterentwickeln und Beträge oder prozentuale Anteile für erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung im Haushalt vorsehen.
- ein Bürgerbudget für die Umsetzung von Ideen auf FFM.de ermöglichen.
- FFM.de weiterentwickeln und bekannter machen.
- die Paulskirche angemessen sanieren und durch ein neues Haus der Demokratie ergänzen sowie stärken.
- die Paulskirche und das geplante Haus der Demokratie zu Orten machen, an denen Demokratiegeschichte lebendig vermittelt wird –mit dem klaren Fokus darauf, warum Demokratie wichtig ist und wie wir sie dauerhaft schützen können.
- den Paulsplatz zu einem grünen, kommunikativen und kulturell geprägten Stadtraum weiterentwickeln.
- für das Gesamtprojekt Paulskirche Haus der Demokratie gemeinsam mit dem Bund und dem Land Hessen auf die Entwicklung eines tragfähigen Finanzierungs- und Betriebskonzepts hinwirken.
- sicherstellen, dass die begonnenen Planungen und Entwicklungsschritte kontinuierlich fortgeführt werden, um die Umsetzung des Projekts verlässlich zu gewährleisten.

- die mehrsprachige Verwaltung vorantreiben und unsere Verwaltung und deren Informationen in die am häufigsten gesprochenen Sprachen Frankfurts sowie in Einfache Sprache übersetzen.
- eine Partnerstadt-Strategie mit klaren Schwerpunkten entwickeln und diese kontinuierlich weiterentwickeln, einschließlich dem Abschluss einer Partnerstadt in Subsahara-Afrika und der Prüfung weiterer Partnerschaften.
- das Hanau Denkmal nach den bestehenden Entwürfen im Einvernehmen mit den neun Familien realisieren und am Mainufer unterhalb der Schönen Aussicht umsetzen.
- Abstimmungsergebnisse in politischen Gremien transparenter dokumentieren, Protokolle nachvollziehbarer gestalten, StaVo-Sitzungen in einem Video- und Audioarchiv dokumentieren und zugänglich machen.
- zentrale Projekte, die die Bedeutung der EU für die Frankfurterinnen sichtbar machen, weiter ausbauen sowie die Feierlichkeiten zum 30-jährigen Bestehen der Europastadt Frankfurt im Jahr 2028 begehen.
- das EU-Netzwerk der Stadt mit Institutionen stärken, indem wir neue Formate wie Konferenzen oder etablierte europäische Netzwerkveranstaltungen unterstützen.
- die Europafähigkeit der Verwaltung ausbauen und in der Praxis verstärkt Austauschprojekte mit Partnerstädten in Europa anstoßen und dabei bestehende Netzwerke wie EURO CITIES nutzen.
- eine kommunale Erasmus+ Servicestelle zur Förderung von Austauschprogrammen und -formaten einrichten.
- das Besuchsprogramm der Stadt Frankfurt für Kinder und Enkel jüdischer sowie religiös oder politisch Verfolgter ehemaliger Frankfurter/innen fördern und stärker ausbauen.
- internationalen Austausch und kommunale Entwicklungszusammenarbeit stärker auch vor Ort in Frankfurt am Main verankern und thematisch ausbauen.
- Weitere Pilotprojekte zum Gender-Budgeting durchführen und auswerten.
- uns bei der ABG Frankfurt Holding und der NH dafür einsetzen, dass Frauen nach der Zeit im Frauenhaus schnell und priorisiert eigenen Wohnraum finden, um sich wieder ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.
- Programme für den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen und Männern nach Eltern- und Pflegezeit, Teilzeit-Qualifizierungen, IT-Kurse und Berufs-coachings weiter ausbauen.
- den Preis „Familienfreundlichster Arbeitgeber“ einführen, basierend auf Kriterien wie Angleichung der Arbeitszeitquoten, hohen Anteilen von Männern in Elternzeit sowie flexiblen Arbeitszeitmodellen.
- den Ausbau flexibler Arbeitszeitmodelle unterstützen und bei der Stadt als Arbeitgeberin verbindlich machen.

- beim Neubau öffentlicher Toiletten einen separaten Kabinenraum für Frauen sowie Stillräumen in öffentlichen und anderen Gebäuden und Wickelmöglichkeiten in allen Toiletten gewährleisten.
- in Verkehrs- und Stadtplanung konsequent geschlechtsspezifische Aspekte einbeziehen um Angsträume – gerade für Frauen – zu verhindern.
- das Konzept von Ausstiegswohnungen für Prostituierte vorantreiben.
- Präventionsangebote und Selbstverteidigungskurse für Frauen auf kommunaler Ebene unterstützen und ausbauen.
- Frauen für Führungsaufgaben qualifizieren und fördern, Frauen verstärkt zur Übernahme von Ämtern bewegen und Mentorinnen Netzwerke fördern.
- Initiativen fördern, die Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern, etwa über berufliche Qualifizierungen und Sprachkurse.
- niedrigschwellige Alphabetisierungs-, Sprach- und Weiterbildungsangebote mit Kinderbetreuung anbieten sowie auch jenseits der Erstintegration wohnortnahe Sprachkurse mit Teilhabefokus sichern.
- ein Konzept mit Polizei, Stadtplanung, VGF, Gastronomie und Clubszene für Frauen-Nachtsicherheit entwickeln, das Aspekte wie das Frauennachttaxi und Awareness-Teams beinhaltet und weiterentwickelt.
- Sexual- und Schwangerschaftskonfliktberatung weiterhin fördern und die Beratungsangebote für Frauen und Familien ausbauen.
- Frauenquoten in Führungs- und Leitungspositionen auf allen Ebenen der Stadtverwaltung und in den städtischen Betrieben konsequent umsetzen sowie Gremien und Jurys für die Besetzung von Frauen sensibilisieren.
- die Täterarbeit ausbauen und zum Opferschutz, vor allem bei häuslicher Gewalt, Verhaltensänderungen bei den Tätern herbeiführen.
- Präventionsarbeit ausbauen, um Männer und Jungen gezielt als Multiplikatoren für Gleichstellung und Gewaltfreiheit zu gewinnen.
- Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt als verpflichtenden Bestandteil in allen Einrichtungen der Jugend-, Älteren-, Geflüchteten- und Behindertenhilfe verankern.
- die kommunalen Handlungsspielräume des Spanischen Modells für Prävention und Schutz nutzen, insbesondere für die weitere Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren.
- einen Leitfaden für den Umgang mit gewaltbetroffenen Migrantinnen entwickeln und Verfahren zwischen Ausländerbehörde (FIO), Jugendamt, Frauenhilfesystem und Fachberatungsstellen schaffen.
- das Konzept „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ zunächst als Modellprojekt einführen und bei Erfolg in weiteren Stadtteilen ausrollen.

- die bestehenden Beratungsmöglichkeiten zu digitaler Gewalt und Cybermobbing für Frauen und Mädchen ausbauen und vernetzen, insbesondere für Frauen und Mädchen mit Behinderungen.
- Maßnahmen zur finanziellen Bildung für Frauen initiieren und weiterführen, um ihre Vorsorgekompetenz zu stärken und Altersarmut vorzubeugen.
- basierend auf den Erkenntnissen des Pilotprojekts kostenlose Menstruationsartikel in Schulen und öffentlichen Ämtern flächendeckend anbieten.
- die Arbeit der Lesben-Informations- und Beratungsstelle LIBS langfristig sichern und darüber hinaus Initiativen und Maßnahmen zur Förderung der Sichtbarkeit lesbischer Frauen unterstützen.

## 11. Finanzen, Controlling und Personal

Frankfurt muss mit dem Steuergeld der Menschen verantwortungsbewusst umgehen. Die Einnahmen unserer Stadt ermöglichen im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden nach wie vor zahlreiche Leistungen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Auch die Stadt Frankfurt muss sich aber auf die Sicherung der Zukunft fokussieren und attraktive Arbeitgeberin sein. Für die Verwendung von öffentlichen Geldern und Zuschüssen ist durch die öffentliche Hand dabei immer ein wirksames Controlling sicherzustellen.

### Daher wollen wir

- den derzeit gültigen Gewerbesteuerhebesatz beibehalten.
- mit Blick auf die absehbar steigenden Gebühren für Straßenreinigung, Abfall und Abwasser den Grundsteuerhebesatz von 854,69 % auf 675 % senken.
- zudem prüfen, wie ein mit der Zeit abschmelzender Aufschlag auf Sozialleistungen bei einkommensschwachen Haushalten zur Abfederung von Härten bei zukünftigen Gebührenerhöhungen gewährt werden kann.
- bei den städtischen Finanzen eine weiter ansteigende investive Verschuldung in „normalen“ Jahren verhindern.
- einen Abbaupfad bei der städtischen investiven Verschuldung anstreben und in guten Jahren Rücklagen für die Zukunft bilden.
- die Politik der „grünen Null“ weiterverfolgen, wonach Kredite für nachhaltige Investitionen zulässig sind.
- uns für bürgerintegrative Finanzierungsmittel und ESG-förderliche Anlagen einsetzen und dazu generell die projektbezogene Nutzung alternativer Finanzinstrumente prüfen.
- die nachhaltige Anlagepolitik weiter ausbauen (Anlagen in Klimaschutz sowie ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit).
- für das Jahr 2026 möglichst keinen Nachtragshaushalt erstellen, sondern unmittelbar den Haushalt für 2027 angehen.
- eine realistischere Haushaltsplanung als bisher betreiben.
- die Budgetverantwortung der Dezernate stärker zur Geltung bringen, das Controlling der einzelnen Dezernate verbessern und ein quartalsweises Berichtswesen in den Fachausschüssen einführen.
- wie gesetzlich vorgesehen unterjährig Mehrkostenvorlagen erstellen, wenn Budgetkorrekturen notwendig werden.
- zukünftig bei Investitionen die Planungsmittel und die voraussichtlichen Gesamtkosten sowie für grundsätzlich beschlossene Großprojekte Kostenschätzungen nachrichtlich angeben, wobei alle Instrumente für eine realistische Planung des Investitionsprogramms zu nutzen sind.

- Broschüren einzelner Ämter zur Selbstdarstellung sowie Rechenschaftsberichte einzelner Dezernate abschaffen (Print wie digital).
- die Anzahl der ausgeübten Aufsichtsratsmandate bei städtischen Gesellschaften je Person auf maximal zehn begrenzen, was auch für die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister gelten soll.
- im Stadtparlament jährlich einen Bericht über die Vergabe von Gutachten, Untersuchungen und Kommunikationsleistungen bis zu einem Auftragswert von 10.000 € vorlegen.
- in allen Fachbereichen den wirkungsorientierten Planungs- und Durchführungsansatz stärken: Maßnahmen, die nicht zur Zielerreichung beitragen, werden grundsätzlich in Frage gestellt, existierende Maßnahmen werden regelmäßig überprüft und optimiert.
- eine digitale Vertragsdatenbank etablieren, die sowohl die Lieferbeziehungen als auch die entsprechenden Haushaltsansätze transparent macht.
- ein zentrales Fördermittelmanagement einrichten, das neben Unterstützungsleistungen für die Ämter eine Datenbank anlegt, welche die durch die Stadt nach Frankfurt eingeworbenen Fördermittel aufzeigt und sowohl nach Quelle als auch Empfänger sortierbar ist.
- die Förderrichtlinien vereinfachen sowie einheitlicher gestalten und dabei die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen.
- die Beschaffungsrichtlinien der Stadt an Fairness und Nachhaltigkeit ausrichten, so dass Umwelt und Menschenrechte entlang der Produktions- und Lieferkette geschützt sowie bei der Beschaffung tierleidfreie und pflanzenbasierte Produkte bevorzugt und Leistungen möglichst regional eingekauft werden.
- Vergaben weiterhin an eine Tarifbindung knüpfen, soweit zulässig.
- die Arbeitgeberattraktivität der Stadt durch moderne Strukturen und -Ausstattung, sowie Investitionen in Personal- und Organisationsentwicklung stärken, um die Mitarbeiterzufriedenheit zu heben und Fachkräfte zu gewinnen.
- die Stadt als Arbeitgeberin durch weitere Flexibilisierung im Bereich der Arbeitszeitmodelle, des Homeoffice und des Quereinstiegs weiter stärken und die Ausbildung insbesondere in Mangelberufen gemeinsam mit möglichen Partnern verbessern.
- bei den Veränderungen, die das städtische Personal betreffen, die zuständigen Personalvertretungen frühzeitig mit einbinden.
- prüfen, wie ältere Arbeitnehmer motiviert werden können, bis zur normalen Altersgrenze oder freiwillig darüber hinaus zu arbeiten.
- mögliche Einstellungsbarrieren identifizieren und abbauen.
- eine Arbeitsmarktzulage für einzelne Berufsgruppen einführen, um z.B. im Bereich der kritischen Infrastruktur den Personalbedarf zu decken.
- uns im Kommunalen Arbeitgeberverband dafür einsetzen, dass der Tarifvertrag für öffentliche Angestellte in Zukunft eine Ballungsraumzulage vorsieht.

## Zur Finanzwirksamkeit von Beschlüssen

Viele, aber nicht alle Vorhaben, die in diesem Vertrag festgehalten sind, benötigen zusätzliche Ressourcen in Form von Arbeitszeit/Personalstellen oder Budget. Grundsätzlich vereinbaren die Partner in Anbetracht der Wichtigkeit einer realistischen Haushaltsplanung für die kommenden Jahre folgendes:

1. Alle Fachbereiche sind aufgerufen, so bald wie möglich den Einfluss von hier festgehaltenen Maßnahmen auf die städtischen Budgets sowie die Arbeitslast in der Stadtverwaltung und evtl. entstehende Personalmehrbedarfe zu ermitteln.
2. Maßnahmen ohne Haushalts- oder Stellenplanrelevanz werden so schnell wie möglich umgesetzt.
3. Maßnahmen mit Haushalts- oder Stellenplanrelevanz werden innerhalb der Dezernatsbereiche priorisiert.
  - a. Umsetzung über Umschichtungen innerhalb der existierenden Personal- und Budgetrahmenbedingungen liegen in der Verantwortung der Dezernate und können – ggf. in Abstimmung mit den Partnern der Kooperation und über die jeweils nötigen Beschlüsse – priorisiert und umgesetzt werden.
  - b. Maßnahmen, die zu einer Mehrbelastung führen, die eine Umverteilung von Ressourcen zwischen den Dezernatsbereichen nötig macht, werden beziffert und dann gemeinsam vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Mittel priorisiert. Entsprechend priorisierte Maßnahmen werden nach und nach umgesetzt.

## 12. Politische Zusammenarbeit

Frankfurt steht vor großen Herausforderungen, die wir gemeinsam in Angriff nehmen. Wir werden die Zukunft unserer Stadt in den Jahren 2026 bis 2031 als Koalition von CDU, Grünen und SPD sowie in Kooperation mit Volt gestalten.

Die Koalition bespricht Anträge, Initiativen etc., tagt in Gestalt einer Koalitionsrunde und stellt die Stimmenmehrheit in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat. Die sie tragenden Parteien CDU, Grüne und SPD stimmen ihre Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat laufend und umfassend miteinander ab; zu Verfahrens-, Sach- und Personalfragen wird grundsätzlich ein Konsens hergestellt. In der Stadtverordnetenversammlung und in allen davon beschickten Gremien sowie im Magistrat stimmen die Vertreter der drei Fraktionen einheitlich ab.

Es gibt eine besondere Anbindung der Partei Volt als Kooperationspartner, der an der Koalitionsrunde beratend teilnimmt. Bei Beschlüssen zum Haushalt oder zum Stellenplan sowie bei hauswirtschaftswirksamen Beschlüssen, bei Beschlüssen zu Wirtschaftsplänen von Gesellschaften, beim Jahresabschluss und bei der Ernennung von Amts- und Betriebsleitungen durch den Magistrat beschließt die Koalition im Einvernehmen mit der Magistratsgruppe und (bei Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung) im Benehmen mit der Fraktion von Volt.

Die Koalition strebt an, den hauptamtlichen Magistrat von elf Personen (ohne Oberbürgermeister, aber mit Bürgermeister) im Lauf der Wahlperiode auf zehn zu verkleinern. Hierzu haben sich die Parteien auf folgende Verteilung geeinigt:

- CDU: Bürgermeister und drei Stadträte,
- Grüne: drei Stadträte, so dass zwei Abberufungen erforderlich werden,
- SPD: drei Stadträte, wobei eine dieser Stellen nach Wahl der SPD nicht wieder besetzt wird,
- Volt: ein Stadtrat.

Die Parteien der Koalition haben sich in Bezug auf den hauptamtlichen Magistrat auf folgende Zuständigkeitsverteilung geeinigt:

- CDU: Bürgermeister, Ordnung, Sicherheit, Brandschutz, Mobilität, Wirtschaft, Recht, Stadtmarketing, Finanzen, Beteiligungen,
- Grüne: Soziales, Gesundheit, Klima, Umwelt, Frauen, Diversität, Antidiskriminierung, Immobilien, Bauen,
- SPD: Planen, Wohnen, Bildung, Kultur, Wissenschaft, Personal,
- Volt: Bürger, Digitales, Internationales.